

Stenographisches Protokoll.

3. Sitzung der IV. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 28. November 1952.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (S. 19).
2. Abwesenheitsanzeigen (S. 19).
3. Mitteilung des Präsidenten Sassmann über die Zurücklegung des Mandates des Abgeordneten Josef Kreiner (S. 19).
4. Angelobung des an Stelle des Abg. Josef Kreiner berufenen Abg. Rudolf Niklas (S. 19).
5. Verhandlung:
Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen und gegenseitiger Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen. Generaldebatte: Berichterstatter: Abg. Schöberl (S. 19); Redner: Landesrat Müllner (S. 22), Abg. Dubovsky (S. 25), Abg. Wondrak (S. 28), Abg. Doktor Habertzettl (S. 33), Abg. Wenger (S. 35), Abg. Prof. Zach (S. 40); Spezialdebatte: Berichterstatter Abg. Schöberl (S. 43); Abstimmung (S. 44 und 45).
Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 17. September 1907, Landesgesetz- und Verordnungsblatt Nr. 124, über die Gemeindevermittlungsamter. Berichterstatter Abg. Wondrak (S. 45); Abstimmung (S. 46).

PRÄSIDENT SASSMANN (um 13 Uhr 8 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt: Abg. Fehring in Folge Krankheit. Landesrat Waltner und Abg. Gerhartl.

Ich habe auf die Plätze der Herren Abgeordneten das auf den heutigen Stand gebrachte Verzeichnis der Berufungskommission für Niederösterreich auflegen lassen.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Der Klubobmann der Sozialistischen Fraktion, Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Popp, hat mir am 25. November 1952 das Schreiben des Herrn Landtagsabgeordneten Josef Kreiner vom 20. November 1952 übergeben, worin dieser sein Mandat als Abgeordneter des niederösterreichischen Landtages zurücklegt. An seiner Stelle wurde von der Verbandswahlbehörde des Wahlkreisverbandes Niederösterreich als Landeswahl-

behörde für das freigewordene Mandat des Wahlkreises 4 (Viertel unter dem Manhartsberg) Herr Rudolf Niklas, Bauer in Wagram a. d. D., für die Sozialistische Fraktion im Landtag von Niederösterreich berufen. Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme.

Wir gelangen zur Angelobung des Herrn Rudolf Niklas als Mitglied des Landtages von Niederösterreich. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Niklas, nach Verlesung der Angelobungsformel die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Den Herrn Schriftführer ersuche ich um Verlesung der Angelobungsformel. (*Schriftführer verliest die Angelobungsformel. — Abg. Niklas leistet die Angelobung mit den Worten: „Ich gelobe“.*)

Wir gelangen zu Punkt 3 der Tagesordnung — Zahl 375 —, Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen und gegenseitiger Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen.

Ich beabsichtige, die Beratungen hierüber in einer Generaldebatte und in einer Spezialdebatte abführen zu lassen. (*Nach einer Pause.*) Es wird keine Einwendung erhoben.

Ich ersuche nunmehr den Herrn Berichterstatter Abg. Schöberl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich habe namens des Finanzausschusses über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952, Bewilligung von Nachtragskrediten sowie von Überschreitungen und gegenseitiger Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen, zu berichten.

Ich möchte bemerken, daß sich infolge des Einlangens neuer Bundeszuschüsse bei der heutigen Beratung im Finanzausschuß neue Ziffernansätze ergeben haben, so daß die bisherigen Ansätze in der Vorlage eine Korrektur erfuhren und daher die darin enthaltenen Ziffern entsprechend geändert wurden. Ich bitte daher um Berücksichtigung dieser Änderungen.

Hoher Landtag! Die Notwendigkeit der Einbringung eines Nachtragsbudgets ergibt sich aus zwei Gründen. Einerseits konnten bei

Erstellung des Voranschlages 1952 auf die nach dem Dienstpostenplan 1952 durchzuführenden Pragmatisierungen, die Dienstzeitanrechnungen und die vollständige Auswirkung der Pensionsangleichung noch nicht Bedacht genommen werden, andererseits muß im Zweckaufwand teils das Winternotstands-

programm 1951, soweit es im Voranschlag des Jahres 1951 nicht seine Bedeckung gefunden hat, eingebaut werden, zum großen Teil jedoch für das Winternotstandsprogramm 1952 Vorsorge getroffen werden. Diese beiden Tatsachen sind es auch, die das hohe Nachtragserfordernis von 46.855.600 S bewirken.

Dieses Nachtragserfordernis setzt sich aus Nachtragskrediten	
im ordentlichen Haushalt von	S 186.900
und im außerordentlichen Haushalt von	S 2.046.000
gas sind zusammen	S 2.232.000
und von Überschreitungsbewilligungen	
im ordentlichen Haushalt von	S 27.963.600
und im außerordentlichen Haushalt von	S 16.660.000
das sind	S 44.623.600
zusammen, so daß sich das gesamte Nachtragserfordernis	
im ordentlichen Voranschlag auf	S 28.149.600
und im außerordentlichen Voranschlag auf	S 18.706.000
stellt.	
Von dem Gesamtnachtragserfordernis betreffen den Personalaufwand	S 9.596.800
und den Sach- bzw. Zweckaufwand	S 37.258.800

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß der Großteil des Nachtragskredites für arbeitvermittelnde Ausgaben Verwendung findet.

Die Aufteilung des Nachtragserfordernisses auf die einzelnen Voranschlagsansätze und die nähere Begründung der Nachtragskredite und Überschreitungen sind aus der der Vor-

lage angeschlossenen Beilage ersichtlich. Auch hinsichtlich der gegenseitigen Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen, welche in zwei Fällen beantragt wird, ist die Erläuterung in der Beilage gegeben.

Hinsichtlich der Bedeckung wolle folgende Aufstellung Aufschluß geben:

Der ordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952 schloß mit einem Abgang von	S 31.854.300
der außerordentliche Voranschlag mit einem solchen von	S 27.793.900
Weiter wurde mit Beschluß des Hohen Landtages vom 29. Mai 1952 ein Nachtragskredit als Beitrag zur Sicherung der Kartause Gaming von	S 300.000
mit Beschluß des Hohen Landtages vom 27. Juni 1952 eine Überschreitung bei Voranschlagsansatz 02—34 in der Höhe von	S 367.000
und mit Beschluß des Hohen Landtages vom 10. Juli 1952 eine Überschreitung bei Voranschlagsansatz 7420—61 in der Höhe von	S 750.000
bewilligt. Dies ergibt einen ungedeckten Abgang von	S 61.964.300
Hierzu kommt das Erfordernis des nunmehrigen Antrages von	S 46.855.600
so daß sich insgesamt ein Abgang von	S 107.919.900
ergibt.	

Dem stehen folgende Mehreinnahmen gegenüber:

Nachtrag an Ertragsanteilen 1951	S 28.400.000
Kopfquotenausgleich 1951	S 21.500.000
Nachtrag an Landesumlage 1951	S 2.031.000
Erlös aus aufgenommenen Darlehen	S 5.000.000
so daß ein schließlicher Abgang von	S 50.988.900
verbleibt.	

Soweit dieser Abgang nicht durch Einsparungen bzw. Mehreinnahmen gedeckt werden kann, wird seine Abdeckung im Voranschlag für das Jahr 1954 erfolgen müssen.

Um bei einer Verschlechterung der Kassenlage die Durchführung des Winternotstandsprogramms nicht zu gefährden, wird es sich

als notwendig erweisen, die Bewilligung zur Aufnahme von Kassenkrediten zu geben.

Des weiteren wird dem Hohen Landtag zur Kenntnis gebracht, daß gemäß Bundesgesetz vom 17. Dezember 1951, BGBl. Nr. 9/1952, Bundeszuschüsse zur Behebung der Sachschäden, die im Gebiete von Niederösterreich

durch die im Mai und August 1951 eingetretenen Hochwasserkatastrophen entstanden sind, in der Höhe von 4.000.000 S gewährt werden, welche nach § 6 leg. cit. im Haushalt des Landes nachzuweisen sind.

Ebenso sind die auf Grund des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1952, BGBl. Nr. 156, gewährten Bundeszuschüsse für Straßenbauten des Landes Niederösterreich im Rahmen der Notstandsmaßnahmen 1952 nachzuweisen.

Entsprechend wurden im außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952 Einnahmen bzw. Ausgabenvoranschlagsansätze eröffnet, und zwar:

1. Einnahmenvoranschlagsansatz 661—75 „Bundeszuschüsse für Straßenbauten des Landes Niederösterreich im Rahmen der Notstandsmaßnahmen 1952“.

2. Einnahmenvoranschlagsansatz 99—75 „Bundeszuschuß zur Förderung der Behebung

Voranschlagsansatz 2102—61, Wahlkosten	S	30.000
Voranschlagsansatz 741—62, Kosten der Einführungs- und Weiterbildungskurse für Pflichtschullehrkräfte, welche zur Mitarbeit an den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen herangezogen werden	S	55.000
Voranschlagsansatz 7473, Bäuerliche Fachschule in Warth, Sachaufwand	S	101.000

1 b) Hierdurch ergeben sich folgende Änderungen im ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952:

Summe Unterabschnitt 2102	S	35.000
Summe Unterabschnitt 210	S	331.500
Summe Abschnitt 21	S	12,631.500
Summe Gruppe 2	S	18,494.600
Summe Unterabschnitt 741	S	2,675.900
Summe Unterabschnitt 742/743	S	13,803.600
Summe Abschnitt 74	S	17,177.000
Summe Gruppe 7	S	48,040.100
Summe der Ausgaben	S	540,045.000
Abgang	S	32,040.300

2 a) Im außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952 werden bei folgenden, neu zu eröffnenden Voranschlagsansätzen Nachtragskredite bewilligt:

Voranschlagsansatz 02—90, Ankauf des Schlosses Scheibbs für Zwecke der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs	S	220.000
Voranschlagsansatz 09—90, Subvention an den Spar- und Vorschußverein „Landsknechte“ zum Ausbau des Erholungsheimes in Schönau im Gebirge	S	290.000
Voranschlagsansatz 231—75, Beiträge zum Ausbau der gewerblichen Fortbildungsschulen in Mistelbach, Neunkirchen und Tulln	S	500.000
Voranschlagsansatz 461—90, Landesjugendheim in Puchberg am Schneeberg	S	36.000
Voranschlagsansatz 79—91, Landeszuschuß zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden, die im Vermögen von physischen oder juristischen Personen des Privatrechtes eingetreten sind (Bundesgesetz vom 17. Dezember 1951, BGBl. Nr. 9/1952)	S	500.000
Voranschlagsansatz 79—92, Ankauf eines Grundes zur Errichtung einer Feuerweherschule in Tulln	S	500.000

von Hochwasserschäden gemäß Bundesgesetz vom 17. Dezember 1951, BGBl. Nr. 9/1952“.

3. Ausgabenvoranschlagsansatz 661—62 „Behebung von Hochwasserschäden an Landes- und Bezirksstraßen“.

4. Ausgabenvoranschlagsansatz 661—63 „Instandsetzung und Umbau von Landstraßen I. und II. Ordnung sowie von Bezirksstraßen im Rahmen der Notstandsmaßnahmen 1952“.

5. Ausgabenvoranschlagsansatz 79—90 „Bundeszuschuß zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden, die im Vermögen von physischen oder juristischen Personen des Privatrechtes eingetreten sind“.

Namens des Finanzausschusses stelle ich daher an das Hohe Haus folgenden Antrag (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1 a) Im ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952 werden bei folgenden, neu zu eröffnenden Voranschlagsansätzen Nachtragskredite bewilligt:

2 b) Daraus und unter Berücksichtigung des mit Landtagsbeschluß vom 29. Mai 1952 bewilligten Nachtragskredites ergeben sich folgende Änderungen im außerordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952:

Summe Gruppe 0	S	1,610.000
Summe Gruppe 2	S	5,000.000
Summe Gruppe 3	S	300.000
Summe Gruppe 4	S	4,828.000
Summe Gruppe 7	S	6,400.000
Summe der Ausgaben	S	80,789.000
Abgang	S	30,139.000

3. Die Überschreitung im ordentlichen Voranschlag von	S	27,963.600
und im außerordentlichen Voranschlag von	S	16,660.000

werden bewilligt.

4. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Voranschlagsansätze

- a) 02—42, 02—43 und 02—44
- b) 02—46 und 02—47,
- c) 68—61 und 68—75

wird genehmigt.

5. Die Eröffnung der neuen Ausgabenvoranschlagsansätze im außerordentlichen Voranschlag für das Jahr 1952:

661—62 „Behebung von Hochwasserschäden an Landes- und Bezirksstraßen“ mit einem Kreditbetrag von	S	3,000.000
661—63 „Instandsetzung und Umbau von Landstraßen I. und II. Ordnung sowie von Bezirksstraßen im Rahmen der Notstandsmaßnahmen 1952“ mit einem noch unbestimmten Kreditbetrag und		
79—90 „Bundeszuschuß zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden, die im Vermögen von physischen oder juristischen Personen des Privatrechtes eingetreten sind“, mit einem Kreditbetrag von	S	1,000.000

wird zur Kenntnis genommen.

6. Um eventuellen Schwierigkeiten in der Kassenlage zu begegnen, wird die niederösterreichische Landesregierung ermächtigt, bis 31. Mai 1953 Kassenkredite bis zur Höhe von 30,000.000 S und mit einer Laufzeit bis zu neun Monaten aufzunehmen.“

Ich beantrage namens des Finanzausschusses die Annahme dieses Antrages. Ich ersuche den Herrn Präsidenten um Einleitung der Debatte.

PRÄSIDENT SASSMANN: Vor Eingehen in die Generaldebatte begründet der Finanzreferent des Landes, Herr Landesrat Müller, die Vorlage.

Ich erteile ihm hierzu das Wort.

Landesrat MÜLLNER: Hoher Landtag! Die Landesregierung legt dem Hohen Landtag ein Nachtragsbudget vor. Dieses Nachtragsbudget ist für unser Land und für seine wirtschaftlichen Verhältnisse von einschneidender Bedeutung. Es soll durch dieses Nachtragsbudget nicht vielleicht die Meinung hervorgerufen werden, daß das Land Niederösterreich und seine Finanzverwaltung in der Lage wären, Millionenbeträge für Ausgaben zusätzlich zu bewilligen, denn dadurch könnte

der Eindruck entstehen, daß bei der Finanzverwaltung dieses Landes gute finanzielle Verhältnisse herrschen.

Ich möchte vor allem anderen betonen, daß zu Beginn der Beratungen über dieses Nachtragsbudget der Gedanke berücksichtigt werden müßte, daß von allen übrigen Bundesländern das Land Niederösterreich sich in der finanziell schwierigsten Lage befindet. Wir können nicht damit rechnen, daß wir, wie andere Länder, aus dem Steueraufkommen zusätzliche Ertragsanteile bekommen. Ich überlasse es den Parteien selbst, bei der Debatte über die Vorlage auf diese Tatsache zurückzukommen. Die Tatsachen sind so, daß das Land Niederösterreich in den Belangen, wo es auf das örtliche Steueraufkommen ankommt, hinter den anderen Ländern zurücksteht, weil bei den Steueraufkommen in Niederösterreich eine rückschrittliche Bewegung festzustellen ist. Wir haben nur dort, wo das Steueraufkommen nach der Bevölkerungszahl aufgeteilt wird, eine Aussicht, daß wir an der allgemeinen wirtschaftlichen Besserstellung des ganzen Bundesstaates mit teilhaben können. Wo es aber auf die eigene wirtschaftliche Kraft des Landes Niederösterreich ankommt,

dort haben wir auf Grund der verschiedenen Verhältnisse, die durch die politische Lage und die besondere Konstellation unseres Landes bedingt sind, mit einer rückläufigen Bewegung zu rechnen. Wenn ich Ihnen alle darauf bezughabende Zahlen sagen würde, so würde ich Sie sicher langweilen und es würde vielleicht den Eindruck trüben, aber Tatsache ist, daß wir bedeutend größere Einnahmen aus den Steuern haben, die nach der Bevölkerungszahl aufgeteilt werden, als aus den Steuern, die nach dem Aufkommen aufgeteilt werden. Niederösterreich ist also bedeutend schlechter daran als andere Länder, es ist zum Beispiel schlechter daran als das Land Oberösterreich, und ich will gar nicht reden vom Vergleich mit dem westlichsten Land unseres Bundesstaates, nämlich mit Vorarlberg.

Diese Gegebenheiten auf steuertechnischem und auf wirtschaftlichem Gebiet verursachen in Niederösterreich einen wirtschaftlichen Notstand, der von allen beteiligten Kräften mit größter Sorge betrachtet wird. Ich möchte über diesen wirtschaftlichen Notstand nicht irgendwelche polemische Betrachtungen anstellen, aber eines können wir mit größter Genugtuung feststellen, nämlich, daß dieser wirtschaftliche Notstand unseres Landes allgemeine Berücksichtigung findet. Wir können mit größter Genugtuung verzeichnen, daß es im Sommer dieses Jahres gelungen ist, durch die Hilfe des Bundes und mit dem Beitrag der anderen Länder ein Notstandsprogramm für unser Land zu erreichen. Sie wissen, daß namhafte Beträge für dieses zusätzliche Arbeitsprogramm ausgegeben werden. Wir haben im Nachtragsbudget auch eine Ausgabenpost für diese Beträge zu eröffnen, weil der Bund, der diese Beträge selbst verwaltet und die Arbeitsvergebungen selbst vornimmt, Wert darauf legt und angeordnet hat, daß diese Beträge in unserem Budget zu verrechnen sind.

Trotz dieser Notstandsmaßnahmen haben wir in Niederösterreich nach wie vor mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit zu rechnen. Es muß nun die Aufgabe aller beteiligten Stellen sein, mit aller Energie dieser Entwicklung entgegenzutreten. Das Land Niederösterreich, seine Verwaltung und insbesondere seine Finanzverwaltung erklären mit größtem Nachdruck, daß sie jederzeit bereit sind und in dieser Hinsicht auch bereits gearbeitet haben, diesem Notstand in dem dem Lande gezogenen Rahmen entgegenzutreten.

Es ist selbstverständlich, daß wir auf der Einnahmenseite nicht mit neuen Einnahmen rechnen können. Wir mußten daher einen neuen Weg beschreiten. Sie wissen, daß es in den verflossenen Zeiten ungeheuer schwer war, Kredite zu bekommen. Die Kreditlage war

nicht so, daß man einfach zu einem Kreditinstitut gehen und Darlehen aufnehmen konnte. Wir haben mit größter Besorgnis in dieser ganzen Zeit die Kreditlage unserer Kreditinstitute beobachtet. Als es nun möglich war, Kassenkredite zu bekommen, haben wir uns entschlossen, dem Hohen Landtag einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten. Da sich die Kreditlage so gebessert hat, daß das Land jetzt unschwer die Kredite, die seinerzeit vorgeschlagen wurden, erhalten kann, haben wir beantragt, die Landesregierung zur Aufnahme dieser Kredite zu ermächtigen. Wir haben hierfür einen Betrag von 30 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Diese 30 Millionen Schilling können jetzt auf dem Kreditmarkt untergebracht werden. Es ist das ein Zeichen, daß unsere Bevölkerung mehr Vertrauen in die Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten unseres Landes setzt, als wir es manchmal in verschiedenen Zeitungen lesen können. Es ist wohl leichter, Worte zu finden, als durch Taten seine Ansicht zu beweisen.

Ich habe mir selbst einmal erlaubt, in einer Versammlung an der Grenze unseres Heimatlandes öffentlich folgendes zu sagen: „Wenn selbst die Menschen in den viele hunderte Kilometer weit weg von uns gelegenen Teilen von Europa sich fragen und es sich überlegen, welche Sicherheit sie für die Zukunft haben, so ist es ein Zeichen des Patriotismus, ein Beweis für den Glauben an unsere Heimat und ein bezeichnendes und ermutigendes Beispiel, wenn unsere Grenzbevölkerung ihre Spargroschen in die Sparkasse legt.“ Wir haben mit größter Genugtuung verfolgen können, daß die Sparbeträge sich im letzten Viertel des heurigen Jahres nicht nur nicht verringert, sondern bedeutend vermehrt haben. Damit hat sich aber auch die Kreditlage des Bundes verbessert. Wenn die Spareinlagen sich aber erhöht haben, so ist es gerechtfertigt, daß diese Sparbeträge insbesondere unserem Lande in Form von Krediten zur Verfügung gestellt werden. Wir haben also, um die Grundlage des Nachtragsbudgets zu kennzeichnen, vorgeschlagen, daß wir auf dem Kreditwege dieses Nachtragsbudget untermauern.

Das Nachtragsbudget selbst ist der Ausdruck dafür, daß die verantwortlichen Stellen des Landes für Arbeitsbeschaffung, insbesondere in der Winterzeit, sorgen und damit ihren Teil zur Durchführung eines Winterarbeits- oder Notstandsprogrammes beitragen wollen. Wir erlauben uns hierzu zu betonen, daß dieses Programm eine ansehnliche Summe erfordert. Sie ist natürlich nicht erschütternd im Hinblick auf den Bedarf des

Landes selbst, doch glaube ich, daß dadurch, daß die Leistungen des Landes auch solche des Bundes und der Interessenten auslösen und dadurch große Beträge ins Rollen kommen, das Volumen des Arbeitsprogrammes ganz beachtlich sein wird. Ich erlaube mir da insbesondere darauf hinzuweisen und mit größter Genugtuung festzustellen, daß nach langwierigen Verhandlungen mit der Marshall-Plan-Verwaltung und insbesondere der ERP-Verwaltung der Bund in die Lage versetzt wurde, uns aus der Freigabe von Counterpartmitteln verschiedene Beträge zur Verfügung zu stellen. Ich möchte von dieser Stelle aus den Bemühungen der Bundesregierung herzlichen Dank sagen, daß man bei der Verteilung dieser Mittel das Land Niederösterreich besonders berücksichtigt hat. Ich möchte hier sagen, daß daran besonders das Landwirtschaftsministerium, das Sozialministerium und das Handelsministerium beteiligt sind. Wir werden über die zwei erstgenannten Ministerien aus der Freigabe der Counterpartmittel einen Betrag von rund 8,5 Millionen Schilling erhalten. Wir werden weiter über das Handelsministerium einen Betrag von 4 Millionen Schilling für Kanalisierungs- und Wasserbauten erhalten. Wir werden vom Landwirtschaftsministerium einen Betrag für Elektrifizierungen erhalten, der ungefähr dem gleichen Betrag entspricht, den wir für den genannten Zweck im Budget eingesetzt haben. Diese Beträge erhalten wir jedoch nur unter der Voraussetzung, daß auch das Land Beiträge zur Verfügung stellt. Wir haben daher das Nachtragsbudget so erstellt, daß darin für diese Beiträge des Landes Vorsorge getroffen ist.

Wir wollen Ihnen nun auf Grund der Änderungen im Finanzausschuß vorschlagen, ungefähr 46,8 Millionen Schilling als Nachtragsbudget zu beschließen. Von diesen 46,8 Millionen Schilling sollen 37,3 Millionen Schilling für den Sachaufwand und 9,5 Millionen Schilling für den Personalmehraufwand verwendet werden. Letzterer ergibt sich durch gesetzliche Maßnahmen des Bundes und des Landes sowie durch Beschlüsse der Landesregierung. Diese 37 Millionen Schilling für den Sachaufwand werden die Grundlage für das Arbeitsprogramm des Landes bilden, dessen Volumen durch die Beitragsleistungen Dritter sich bedeutend vergrößern wird. Wir wollen dabei nicht sagen, daß dies die Leistung des Landes allein ist. Wir wollen uns auch nicht hervortun und sagen, das Land ist allein in der Lage, das zu leisten. Wir sind vielmehr dabei nur ein Rädchen im großen Getriebe des österreichischen Bundesstaates und seiner Bundesregierung. Wir

wollen aber auch mit Genugtuung feststellen, daß man bei den verschiedensten Stellen erkennt, daß in diesem großen Gefüge, in diesem Räderwerk, als eines der schwächsten Räder, nichtsdestoweniger aber als eines der schwerstarbeitenden Räder, das Land Niederösterreich mit seiner gesamten Wirtschaft darstellt. Wenn Sie mich nun fragen, wieviel können wir mit den Beiträgen des Landes in Arbeit bringen, so möchte ich nicht Unklarheit darüber lassen, daß nicht nur das Land allein soundso viele Millionen ins Rollen bringt, sondern daß wir unseren bescheidenen Teil dazu beitragen wollen, um eine noch größere Arbeit zu ermöglichen. Dadurch nämlich, daß wir Landesbeiträge leisten, weiter daß Counterpartmittel dazukommen und schließlich daß auch Interessenten Beiträge leisten, wird eine bedeutend größere Summe ins Rollen gebracht werden. Die Produktivität dieser Summe, die in die Wirtschaft gepumpt wird, ist also nicht nur durch die alleinigen Leistungen des Landes oder des Bundes oder der Interessenten verursacht, sondern sie ist das Ergebnis eines gemeinsamen Werkes. Wir wollen besonders betonen, daß gerade wir in Niederösterreich für die Gemeinsamkeit eines schwer um seinen Bestand ringenden Volkes einen Beitrag leisten wollen, damit auch die anderen zu Beitragsleistungen veranlaßt werden. Nur in diesem Sinne kann es verstanden werden, wenn ich sage, daß für eine produktive Arbeitsbeschaffung das Land 37 Millionen Schilling zur Verfügung stellt.

Ich möchte weiter besonders darauf hinweisen — das war bisher so und wird auch in Zukunft weiter unser Bemühen sein —, daß wir nicht selbst Bauherr sind, wo wir es nicht sein brauchen und wo wir es nicht sein wollen, sondern daß die Landesregierung und die Landesverwaltung alle jene unterstützt, die Bauherrn sein können und in der Lage sind, etwas Produktives zu schaffen. Ich möchte hier insbesondere auf den Wohnbau-sektor verweisen. Das heurige Jahr hat gezeigt, daß wir mit unseren 26 Millionen Schilling, die wir für Wohnbauhilfe zur Verfügung gestellt haben, nur rund 300 Wohneinheiten hätten bauen können, wenn wir sie selbst verbaut hätten. Dadurch aber, daß wir diese 26 Millionen Schilling als Zuschüsse gegeben haben, war es uns möglich, 1300 Wohneinheiten zu bauen. Ich möchte jetzt nicht untersuchen, wer hier den größten Beitrag geleistet hat, ob es öffentliche oder private Stellen oder einzelne Familien oder Leute waren. Es ist sicherlich auch so, daß manche Gemeinden, wenn sie einen kleinen Beitrag bekommen, ein Vielfaches davon geleistet haben. Auch manche Siedlungsgenossenschaften haben ein

Vielfaches mit den Beiträgen geleistet, die wir ihnen gegeben haben. Ich möchte aber auch darauf verweisen, daß auch Einzelpersonen ein Mehrfaches mit dem geleistet und gebaut haben, was sie von uns bekommen haben.

Wenn Sie daher heute 9 Millionen Schilling für die Wohnbauförderung beschließen, so ist dieser Betrag nicht vielleicht die gesamte Bausumme, sondern es ist nur ein Beitrag zu einer bedeutend höheren Bausumme, die ins Rollen gebracht wird. Wenn Sie wollen, können Sie diese 9 Millionen mit drei multiplizieren, Sie können sie aber auch mit vier multiplizieren. Ich kann Ihnen aber jedenfalls sagen, wenn Sie die Arbeitsleistung, die die einzelnen Leute persönlich erbringen, in Rechnung stellen, dann wird die wirkliche Bausumme ein Mehrfaches der beschlossenen Summe sein.

Ich glaube, daß es schwierig, vielleicht auch kühn ist, die Ziffern zu errechnen, die durch diese Bausumme als Verdienst und als Produktivität für die ganze Bauwirtschaft im Lande in Betracht zu ziehen wären. Aber das eine können wir uns vergegenwärtigen, daß mit unserer Beitragsleistung von ungefähr 31 Millionen Schilling für produktive Arbeiten ein Vielfaches dieses Betrages ins Verdienen gebracht werden wird. Es erfüllt uns mit großer Genugtuung, daß dadurch namhafte Beträge in Niederösterreichs Wirtschaft gepumpt werden. Dabei will ich nicht unerwähnt lassen, daß nicht nur auf dem Sektor des Wohnungsbaues, sondern durch die Freigabe aus Counterpartmitteln auch auf anderen Sektoren Arbeit geschaffen werden wird.

Ich will, wie bereits erwähnt, hier keine Rechenexempel durchführen, weil Sie sonst in die Versuchung kommen könnten, zu sagen, daß ich nur Zahlen bringe und mit Zahlen spiele. Es liegt mir vollkommen fern, hier ein Zahlenspiel vorzuführen. Aber wenn man mich fragt, wieviel könnte durch unsere Beitragsleistung ins Verdienen gebracht werden, so muß ich sagen, daß wir, wenn wir diese 30 Millionen Schilling als Landesbeiträge beschließen, erwarten, daß dadurch ein Mehrfaches ins Verdienen gebracht werden wird.

Darum glaube ich, daß die Politik der Landesregierung richtig ist, wenn sie sich dort, wo sie nicht selbst Bauherr oder nicht selbst Unternehmer sein kann, sich auf die Rolle eines Förderers und Unterstützers beschränkt. Denn für uns ist es ganz gleichgültig, ob eine Gemeinde oder eine Genossenschaft oder eine einzelne Person die Rolle eines Schaffenden, eines Bauherrn, übernimmt. Uns soll es vor allem anderen darum

gehen, daß durch die Beitragsleistung des Landes neue Arbeitsstellen geschaffen werden, so daß wir mit Genugtuung sagen können, wir haben, so wie im Sommer, auch für die Zeit des Winters Vorsorge für die Arbeitsbeschaffung getroffen.

Ich glaube mit meinen Ausführungen die Bemühungen der Landesverwaltung in das richtige Licht gesetzt zu haben. Nach reiflicher Überlegung hat die Landesregierung dieses Nachtragsbudget dem Hohen Hause vorgelegt, unter der Voraussetzung, daß dadurch gleichsam eine große Arbeitsbeschaffungswelle einsetzt und es gelingt, neue Arbeitsstellen zu schaffen, neue Menschen in Arbeit zu bringen und dadurch unserem schwer leidenden Volk neue Hilfe zu geben. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort hat sich Herr Abg. D u b o v s k y gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Wie alljährlich liegt auch heute dem Landtag ein Nachtragsbudget vor. Das Nachtragsbudget ist immer zu Ende des Jahres notwendig, weil sich im Verlaufe des Budgetjahres verschiedene Änderungen in den Ansätzen des Budgets als notwendig erweisen. Auf der einen Seite sind es Überschreitungen bei den Ausgaben, auf der anderen Seite sind es aber Mehreinnahmen, die am Ende des Jahres zur Verfügung stehen und auf die man anfänglich bei Erstellung des Budgets nicht Rücksicht genommen hat. Wir haben bei den Budgetberatungen immer darauf hingewiesen, daß die Voranschläge stets so erstellt werden, daß sie den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen nicht entsprechen. Dem Finanzreferenten steht daher am Ende des Jahres eine Reserve in der Höhe von 15 bis 20 Prozent der veranschlagten Budgetsumme zur Verfügung. Und diese 15 bis 20 Prozent sind es auch, die alljährlich im Nachtragsbudget ihren Niederschlag finden und mit deren Hilfe man während des Jahres bestimmte Arbeiten finanziert und durchgeführt hat.

Der Unterschied zwischen dem heurigen Nachtragsbudget und den bisherigen Nachtragsbudgets ist darin zu suchen, daß zum erstenmal über die Köpfe der Abgeordneten hinweg, bevor diese noch überhaupt die Ziffern des Nachtragsbudgets gekannt haben, inspiriert vom Landesrat für Finanzen in der ÖVP-Presse Artikel über das Nachtragsbudget erschienen sind, die mit den Tatsachen im krassesten Widerspruch stehen.

„Das Wunder von Niederösterreich“ betitelt sich der Leitartikel der „Neuen Wiener Tageszeitung“ vom vergangenen Sonntag. In diesem

Leitartikel wird versucht, aus den Gegebenheiten, wie ich sie geschildert habe und wie sie alljährlich vor sich gehen, in der übelsten Form eine Wahlpropaganda zu inszenieren. (*Landesrat Genner: So habe ich mir immer die Wunder vorgestellt!*) Es wird den Lesern vorgelogen, daß etwas gemacht wird, was es bisher überhaupt noch nicht gegeben hat.

Was steht nun in diesem Leitartikel. Schon im ersten Absatz wird folgendes festgestellt: „Nun legt Niederösterreich ein Nachtragsbudget vor, das die erste Ausnahme von der bisherigen Regel bildet. Man will keine neuen Steuern einführen und keine alten erhöhen.“ Ja, meine Herren, seit wann besitzt denn Niederösterreich eine Steuerhoheit? Mir und den übrigen Abgeordneten ist nur bekannt, daß die Länder keine Steuerhoheit haben, daher auch keine neuen Steuern einführen oder bestehende Steuern erhöhen können. Wo ist also hier das Neue, wo liegt hier etwas vor, was man als etwas Neues bezeichnen könnte? Tatsächlich stehen dem Lande im wesentlichen nur jene Mittel zur Verfügung, die ihm als Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von der Bundesregierung zugewiesen werden. Das Land kann daher weder neue Steuern einführen noch bestehende Steuern erhöhen oder herabsetzen. Es fällt also auf dieses „große Wunder von Niederösterreich“ schon ein Schatten.

Aber dann heißt es in diesem Leitartikel noch schöner: „Dies klingt für den abgabepflichtigen Österreicher fast wie ein Märchen. Wie wurde dieses Budgetwunder möglich? Und noch dazu ausgerechnet in Niederösterreich, dem finanziellen Sorgenkind unter den Bundesländern? Der Finanzreferent des Landes hat das Geheimnis gelüftet: Dank des Vertrauens in die öffentliche Verwaltung, das die Stabilisierungspolitik des Finanzministers Dr. Kamitz geweckt und gestärkt hat, konnte Niederösterreich eine Anleihe von 30 Millionen Schilling erhalten.“ In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses mußte der Finanzreferent des Landes aber zugeben, daß Niederösterreich diese Anleihe noch nicht erhalten hat, daß es sich auch um keine Anleihe handelt, denn unter Anleihe stellt man sich langfristige Kredite vor, sondern daß beabsichtigt ist, Kassenkredite in der Höhe von 30 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von neun Monaten aufzunehmen. Das heißt, man finanziert praktisch oder will jetzt das „niederösterreichische Wunder“ mit Geldern finanzieren, die nächstes Jahr vom Land zurückgezahlt werden müssen. Man geht dabei wohl in der Annahme nicht fehl, daß dieses „Wunder“ der Finanzierung, diese Kamitz-Politik, wie man sich ausdrückt, nur dazu

bestimmt ist, sozusagen über den 22. Februar hinwegzuhelfen und noch schnell zu versuchen, Geld zu bekommen, um vorzutäuschen, daß hier etwas geschieht. In Wirklichkeit ist aber dem Finanzreferenten schon bei der Bewilligung des Budgets des heurigen Jahres das Recht eingeräumt worden, Kredite in entsprechender Höhe aufzunehmen.

Man muß sich überhaupt die Frage stellen, ob diese Vollmacht zur Aufnahme der Kassenkredite in der Höhe von 30 Millionen Schilling notwendig ist. Denn schon jetzt ergibt sich — man kann sich das herausrechnen —, daß das Land keineswegs, wie veranschlagt, mit einem Abgang abschließen wird und daß es durchaus möglich sein wird, mit vielleicht sehr geringen Krediten das Auslangen zu finden und auch das Nachtragsbudget zu finanzieren. Man glaubte, sozusagen in einem Aufwaschen, eine Menge Fragen vor der Bevölkerung aufrollen und ihr vormachen zu können, es sei hier ein Wunder geschehen.

Aber noch eine weitere Frage ergibt sich bei der Durchsicht des Nachtragsbudgets. Es wird immer von 100 Millionen für die Arbeitsbeschaffung gesprochen. Es sieht also aus, als ob dies ein beachtenswerter Plan wäre. Wenn man sehr konziliant ist und die einzelnen Budgetposten auch sehr konziliant betrachtet, dann kommt man darauf, daß bestenfalls 12 Millionen Schilling, mit den heutigen Änderungen 15 Millionen Schilling — aber das ist schon im allerbesten Fall —, wohl für die Arbeitsbeschaffung, aber nicht ausschließlich für das Winternotstandsprogramm zur Verfügung stehen werden. Wir brauchen ja nur die Summe des Nachtragsbudgets ins Verhältnis zum Budget zu setzen. Wie schaut dann die Sache aus? Nehmen wir das vergangene Jahr, das Jahr 1951, zum Vergleich. In diesem Jahr haben wir eine Budgetsumme von 422,8 Millionen Schilling gehabt. Der niederösterreichische Landtag hat ungefähr vor einem Jahr ein Nachtragsbudget — nicht ein Notstandsprogramm, sondern Nachtragsbudget hat es damals geheißen — in der Höhe von 39,3 Millionen Schilling beschlossen. Ins Prozentverhältnis zur gesamten Budgetsumme gesetzt, waren das 9,3 Prozent. Heuer hat sich nun das „große Wunder“ vollzogen, das „Wunder von Niederösterreich“. Wir haben eine Budgetsumme von rund 611 Millionen Schilling und haben jetzt eine Nachtragsbudgetsumme von 46,8 Millionen Schilling. Ins Prozentverhältnis gesetzt, sind das 7,7 Prozent. So schaut also das Wunder aus! Während es im Vorjahr noch 9,3 Prozent gewesen sind, die wir mit dem Nachtragsbudget beschließen konnten und die als durchaus normaler Vorgang in der Budgeterstellung

gewertet und aufgefaßt wurden, hat sich jetzt im Zeichen des Wunders ergeben, daß dieses Nachtragsbudget eine Schrumpfung von 9,3 Prozent auf 7,7 Prozent erfahren hat. (*Abg. Hilgarth: Aber von einer anderen Hauptsumme, Herr Abgeordneter!*) Herr Abgeordneter, wir können auch die absoluten Beträge hernehmen, wenn Sie wollen: Voriges Jahr waren es 39,3 Millionen Schilling, heuer sind es — wobei man von einem Wunder noch nichts gewußt hat — 46,8 Millionen Schilling. (*Abg. Hilgarth: Rechnen Sie den Prozentsatz aus, um wieviel es mehr ist!*) Ja, um was ist aber die Budgetsumme gestiegen? Es zeigt sich also, daß von diesem Wunder sehr wenig übriggeblieben ist.

Wenn man weiter davon spricht, daß diese Beträge so wie ein Schneeballsystem wirken und neue Beträge in Umlauf setzen werden, weiter, daß hier ein ganz neuer Weg beschritten wurde, so muß ich Sie auch hier enttäuschen. Wo liegt denn der neue Weg, etwa bei der Finanzierung der Wasserbauten oder der Kanalisierungen oder der Wasserleitungsbauten? Es war doch seit eh und je so, daß das Land nur einen Teil der Kosten aufzubringen hatte, während die Interessenten, die Gemeinden und der Bund, den restlichen Anteil aufzubringen hatten. Man hat also hier nichts Neues entdeckt. Von diesem ganzen Wunder bleibt sohin nichts anderes übrig als die Tatsache, daß im Nachtragsbudget rund 15 Millionen Schilling für Arbeiten bereitgestellt werden.

Diese Bereitstellung ist durchaus begrüßenswert, denn es kann nicht genug für Niederösterreich geschehen. Es muß alles darangesetzt werden, um über diese Mittel hinaus neue Mittel zu erschließen. Wir brauchen uns doch nur die Tatsache vor Augen halten, daß allein in den vergangenen 14 Tagen von Ende Oktober bis 15. November die Zahl der Arbeitslosen in Niederösterreich um fast 22 Prozent gestiegen ist. Wenn wir die Zahlen vergleichen, wieviel Personen im Oktober des vergangenen und des heurigen Jahres arbeitslos waren, so müssen wir feststellen, daß heuer um 111 Prozent mehr Arbeitslose in Niederösterreich vorhanden sind als im vergangenen Jahr. Es wäre daher notwendig gewesen, hier nicht in einer Kürzung des Nachtragsbudgets, sondern in einer Ausweitung des Nachtragsbudgets dieser harten Tatsache Rechnung zu tragen und ein wirkliches Notstandsprogramm zu erstellen.

Wir wissen, wie groß die Not in Niederösterreich ist, wir wissen aber auch, daß unser Bundesland immer wieder benachteiligt wurde. Es gibt wirklich kein Gebiet, auf dem nicht unser Bundesland benachteiligt wurde.

Wir müssen daher von hier aus alles unternehmen, um gegen diese Benachteiligung aufzutreten. (*Abg. Stangler: Treten Sie nur auf!*) Der (*zu Abg. Stangler gewendet*) ist auch ein Wunderpolitiker! Wenn heuer von der Bundesregierung ein Betrag zur Verfügung gestellt wurde, der es ermöglicht, daß Niederösterreich im sogenannten Notstandsprogramm 39 Millionen Schilling zur Verfügung stellt, so ist das zu begrüßen. Wir dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß dieser Betrag und die heute zur Verfügung gestellten 8 Millionen Schilling nicht ausreichen, um nur den Ausfall wettzumachen, der Niederösterreich durch die stete Benachteiligung seitens des Bundes zugefügt wird. Das müssen wir sagen. Es muß daher die ganze Kraft des Landtages eingesetzt werden, um gegen diese Benachteiligung aufzutreten und um wirklich jene Mittel zu erhalten, die zwingend notwendig sind, um die wachsende Not in Niederösterreich bannen zu können. Ich kann mir schon vorstellen, daß Ihnen das nicht sehr angenehm ist, wenn von dem „Wunder“ nichts übriggeblieben ist als ein paar zerrupfte Federn. Wenn man das Wunder auf das zurückführt, was es wirklich ist, so bleibt lediglich die Tatsache, daß dieses Wunder durchaus kein Programm zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit sein kann. Denn ein Programm zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit muß ganz anders aussehen. Dieses Programm müßte vor allem nach den Bedürfnissen und Gegebenheiten der einzelnen Bezirke erstellt werden. Man müßte sich zusammensetzen und feststellen, wie viele Arbeitslose es auf den einzelnen Arbeitssektoren gibt. Wo hat man es z. B. berücksichtigt, daß im heurigen Jahr bereits fast 4600 arbeitslose Bauarbeiter vorhanden sind, während es ein Jahr vorher nur 1100 gewesen sind? Wo kommt das zum Ausdruck? Es müßte festgelegt werden, wieviel Arbeitslose in den einzelnen Bezirken vorhanden sind und wieviel von ihnen und auf welche Art sie am zweckmäßigsten eingesetzt werden können, um sie wenigstens über die Wintermonate beschäftigen zu können. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß hier vor allem die rasche Verabschiedung des Budgets für das Jahr 1953 notwendig wäre, denn gerade dieses Budget muß eine Reihe von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung bereitstellen, um die dringendste Not in Niederösterreich bannen zu können. Aber von diesem Budget ist noch nichts zu hören und noch nichts zu sehen. Ja, der Herr Finanzreferent ist gestern der direkten Frage, wann wir dieses Budget behandeln werden, ausgewichen; er hat herumgeredet, ohne

konkret zu sagen — obwohl wir anfangs Dezember stehen, ein Monat vor Beginn des neuen Budgetjahres —, daß wir demnächst mit der Erstellung des neuen Budgets beginnen, das gerade für die Arbeitsbeschaffung von hervorragender Bedeutung ist. Es ist auch verständlich, warum; man will eben dieses Budget nicht vor den Wahlen behandeln. Man glaubt mit einem Budgetprovisorium durchzukommen, um davon reden zu können, daß man sozusagen außerhalb des Budgets etwas gegen die Not in Niederösterreich macht. Nach dem 22. Februar wird man aber von den zwingenden Notwendigkeiten reden, die es nicht ermöglichen, die Versprechungen, die gemacht wurden, zu erfüllen. Das alles steht im Zusammenhang mit den kurzfristigen Kassenkrediten und der Nichterstellung des Budgets für 1953. Daraus erkennt man, daß es sich hier — die Tatsachen, die hier angeführt wurden, beweisen es ja am besten — um kein Wunder von Niederösterreich handelt, sondern daß die Summe, die für Zwecke der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt wird, sehr bescheiden ist.

Wir wissen, daß die Not in Niederösterreich sehr stark im Wachsen ist. Jeder verantwortungsbewußte Niederösterreicher, vor allem die Abgeordneten, sind sich darüber einig, daß man die Dinge nicht so weiterlaufen lassen kann und daß man hier wirklich Maßnahmen treffen muß, um diese Not, entstanden durch die unterschiedliche Behandlung unseres Bundeslandes gegenüber den anderen, zu beseitigen. In persönlichen Gesprächen bestätigt das jeder, aber dann kommt die Fraktionsdisziplin, die sogenannte „Freiheit der Persönlichkeit“, und dann sind Sie nicht mehr dafür. (*Abg. Stangler: Denken Sie an Slansky?*) Ich denke an Stangler, den Wunderpolitiker!

Die Frage geht nicht ausschließlich darum, ob hier für Arbeitslose Arbeit geschaffen wird, sondern in diesem Zusammenhang müssen wir feststellen, daß nicht nur die Arbeiterschaft von dieser Wirtschaftsnot betroffen wird, sondern daß bereits die breitesten Kreise der Bevölkerung davon betroffen sind, ob es nun Gewerbetreibende oder Bauern sind. Sie alle leiden unter derselben Not, sie alle leiden unter den gleichen mißlichen Verhältnissen, die sich aus der Politik der Benachteiligung Niederösterreichs ergeben. Daher wird es notwendig sein, gerade ausgehend von diesem Nachtragsbudget, gemeinsam Schritte zu unternehmen, damit die Benachteiligung Niederösterreichs beseitigt wird, vorausgesetzt, daß Sie es wirklich ernst meinen mit dem Kampf gegen die Arbeits-

losigkeit, mit dem Kampf gegen die wirtschaftliche Not.

Ich glaube, gerade in dieser Frage hat die Methode des Finanzreferenten Müllner, hier diese bescheidene Summe des Nachtragsbudgets als Wunder hinzustellen, dem Lande Niederösterreich einen sehr schlechten Dienst geleistet, denn wir werden sehr bald in Erfahrung bringen, daß die anderen Länder sagen werden: Niederösterreich schwimmt doch in Geld! Wieso kann von einer Benachteiligung Niederösterreichs gesprochen werden, wenn dieses in der Lage ist, viele Millionen Schilling mir nichts dir nichts aus dem Budget hervorzuzaubern? Wozu braucht dann dieses Land eine andere Behandlung, als sie es bisher erfahren hat, eine andere Behandlung in der Frage der Zuteilung von Finanzmitteln?

Der Kampf gegen die Not Niederösterreichs, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich muß daher anders geführt werden, als ihn der Herr Finanzreferent geführt hat. Er muß geführt werden, um die Benachteiligung Niederösterreichs zu beseitigen und um die Mittel zu erlangen, die ein wirkliches Notstandsprogramm, eine wirkliche Arbeitsbeschaffung ermöglichen können.

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Wondrak.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Vor einigen Tagen wurde uns Niederösterreichern eine frohe Botschaft angekündigt. Ihre Realität ist das vorliegende Nachtragsbudget. Ich glaube aber, dieser Name ist übertrieben, denn dieses Nachtragsbudget ist bloß eine Zusammenstellung von Mehreinnahmen und von zwangsläufigen Überschreitungen; nur in einigen wenigen Punkten sollen neue Kredite eröffnet beziehungsweise bereits bestehende Kredite erhöht werden.

Das Jahr 1952 hat uns einen ganz interessanten Voranschlag gebracht. Für dieses Jahr 1952 hat der Hohe Landtag ein Budget beschlossen, das im ordentlichen Voranschlag Einnahmen von 508 Millionen Schilling vorsah, denen Ausgaben von 539 Millionen Schilling gegenüberstanden. Es wurde in der ordentlichen Gebarung ein Abgang von nahezu 32 Millionen Schilling ausgewiesen. Wir haben schon damals die Meinung vertreten, daß dieser Abgang eigentlich nicht den tatsächlichen finanziellen Verhältnissen des Landes entsprochen hat, denn im ordentlichen Voranschlag war eine Überweisung an den außerordentlichen Voranschlag des Landes in der Höhe von 50 Millionen Schilling vorgesehen. So wurde daher aus einem natürlichen Überschuß von 18 Millionen Schilling

ein Abgang konstruiert. Im außerordentlichen Voranschlag hatten wir als Einnahmen diese 50 Millionen Schilling aus dem ordentlichen Voranschlag stehen. Die Ausgaben des außerordentlichen Voranschlages beliefen sich auf rund 78,5 Millionen Schilling. Der sich sohin ergebende Abgang von 28,5 Millionen Schilling, zusammengezählt mit dem Abgang des ordentlichen Voranschlages, ergibt jene nahezu 60 Millionen Schilling, die als Fehlbetrag im Haushaltsjahr 1952 zu verzeichnen sind. Damals hieß es, daß dieser Abgang dadurch gedeckt werden soll, daß im Laufe des Jahres Mehreingänge zu erwarten sind und daß, wenn diese nicht eintreffen sollten, wesentliche Ersparnisse bei den Ausgaben gemacht werden müssen.

Für das eigentliche Kernstück des Abganges sollte in der Form eine Bedeckung gefunden werden, daß ein Betrag von mehr als 27 Millionen Schilling im Kreditwege beschafft werden sollte. Dieser Betrag sollte ausreichen, um im Laufe des Jahres eine flüssige Gebarung der Landesfinanzen zu ermöglichen und verschiedene Positionen der beiden Voranschläge, die nach der Meinung des Landtages unvermeidlich sind, zu finanzieren. Nun hieß es im Laufe des Jahres, daß es leider nicht möglich war, auf dem Geldmarkt mit nennenswerten Kreditbeträgen unterzukommen. Wir mußten uns also fretten und auf einen Zeitpunkt warten, wo sich eine Wandlung vollziehen werde.

Nun hat sich im Laufe des Jahres 1952 tatsächlich in Niederösterreich vieles geändert. Wir alle haben vor allem gesehen, daß eine merkliche Abschwächung der Wirtschaftskonjunktur eingetreten ist und daß sich diese Abschwächung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes ganz sinnfällig in dem ununterbrochenen Steigen der Arbeitslosigkeit zeigte. Es ist sicherlich bezeichnend, wenn wir heute, verglichen mit dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, gut doppelt so viele Arbeitslose zählen als im Jahre 1951.

Wenn von seiten der Finanzverwaltung nun gesagt worden ist, im Laufe des Jahres 1952 konnten vom Lande Kredite für Zwecke der Arbeitsbeschaffung wegen der Lage auf dem Kreditmarkt nicht aufgenommen werden, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß zur gleichen Zeit verschiedene andere öffentliche Gebietskörperschaften, unter anderem die Gemeinden, wie nachweislich ist, mehr als 25 Millionen Schilling Kredite für Aufbauarbeiten bekommen konnten. Wenn wirtschaftlich schwächere und wirtschaftlich weniger leistungsfähige Gebietskörperschaften es ermöglichen konnten, Kredite zu bekommen, so hätte nach unserer Meinung auch das Land Niederösterreich in der Lage sein

müssen, sich im Laufe des Budgetjahres 1952 Kredite zu beschaffen. Aber alle diese Dinge gehören ja der Vergangenheit an; jetzt soll es ja, wie wir hören, anders werden. Es wurde gesagt, daß man nun in Form von neuen Vorschlägen an die teilweise Lösung der wirtschaftlichen Spannungen herantreten will. Wie soll dies nun geschehen? Das Land Niederösterreich weist nach, daß sich im Laufe des Jahres 1952 Mehreinnahmen von fast 57 Millionen Schilling eingestellt haben. Es hat eine Zeit gegeben, wo in diesem Hause über die verlorene Steuerhoheit des Landes sehr viel geklagt worden ist. Jetzt ist es darum schon stiller geworden, denn man bemerkt, daß die Beteiligung am Ertrage der gemeinsamen Bundesabgaben letzten Endes eine verhältnismäßig angenehme Hereinnahme von Steuergeldern ist. Wir können aus der Regierungsvorlage ersehen, daß hier sehr beachtliche Nachträge aus dem Jahre 1951 eingelaufen sind, die die finanzielle Lage des Landes Niederösterreich ganz günstig beeinflussen. Das Land behält sich nun diese Mehreinnahmen nicht, sondern es geht daran, diese Beträge wirtschaftlich zu investieren. Es macht Überschreitungen bei bestehenden Budgetposten, wie wir aus der Vorlage ersehen können, es werden aber auch neue Budgetposten eingesetzt, und alles zusammen nennt man nun ein Winternotstandsprogramm für Niederösterreich. Man ist aufrichtig genug zu sagen, daß das Land Niederösterreich allein auf keinen Fall imstande wäre, mit nennenswerten Mitteln ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen. Mit Hilfe des Bundes, mit Hilfe der Gemeinden und sonstigen Interessenten und mit Hilfe der gesamten Mehreinnahmen erhofft man sich, daß Beträge ins Rollen kommen, die ausreichen, um mindestens das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit in diesem Lande abzustoppen, das heißt, um jenen Menschen, die nach einer Arbeit Ausschau halten, das Bewußtsein zu geben, daß auch Niederösterreich das Äußerste tut, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. So ist ein Betrag — gestern waren es 43 Millionen, heute sind es rund 46 Millionen Schilling — zustande gebracht worden, der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden soll. Die Mehreinnahmen reichen natürlich nicht aus, um die Kosten dieses Notstandsprogramms zu decken. Man greift daher zur Aufnahme von Darlehen. Es wundert mich, daß hier erklärt wird, es sei dies ein ganz neuer Weg, der hier beschritten wird. Solange öffentliche Gebietskörperschaften Finanzpolitik betreiben, gehört es zu den Selbstverständlichkeiten, daß gewisse Engpässe, die sich aus dem Verlauf des Wirtschaftens er-

geben, durch Darlehen oder Kredite überwunden werden. Ich glaube daher, die Landesverwaltung hat jetzt nicht deswegen die Absicht, Kredite in Anspruch zu nehmen, weil irgendein besonderes Ereignis in der allgemeinen finanziellen Situation des Landes die Landesverwaltung veranlaßt, von den ihr vom Landtage erteilten Kreditermächtigungen Gebrauch zu machen, sondern sie tut es deswegen, weil sich endlich die Ansicht durchgerungen hat, daß es auf die Dauer nicht angeht, die immer wieder von Jahr zu Jahr vom Landtage bewilligten Kreditermächtigungen nicht in Anspruch zu nehmen. Denn die bisherige Einstellung würde unter Umständen die Zahl der Arbeitslosen in Österreich so erhöhen und die wirtschaftlichen Spannungen so vergrößern, und damit soziale Gärungen heraufbeschwören, die man nicht ohne weiteres verantworten könnte.

Es wird also diesmal der Kreditweg beschritten werden, um die Arbeiten, die gemacht werden sollen, entsprechend zu finanzieren. Die Art der finanziellen Bedeckung gibt allerdings zu großen Bedenken Anlaß. In der Vorlage ist zu lesen, daß die erforderlichen Beträge in der Form aufgebracht werden sollen, daß bis zum 31. Mai des nächsten Jahres Kassenkredite bis zu einer Höhe von 30 Millionen Schilling und mit einer Laufzeit bis zu neun Monaten aufzunehmen wären. Es ist doch — das weiß jeder von uns — die niederösterreichische Landesregierung auf keinen Fall imstande, diese hohen Beträge in so kurzer Zeit wieder abzudecken; es sei denn, wir würden im nächsten Jahr oder, wenn wir die Auslaufzeit berücksichtigen, per Ende Februar 1954 jede produktive Arbeit in diesem Lande unterbinden, weil derart kurzfristige Rückzahlungsbedingungen die wirtschaftlichen Bestrebungen und Regungen des Landes unmöglich machen würden.

Wir finden aber noch etwas, was zum Denken Anlaß gibt. In der Vorlage heißt es, daß eventuell nichtgedeckte Restbeträge im Voranschlag 1954 verarbeitet werden sollen, beziehungsweise daß diese Beträge noch erspart werden müssen. Da rein ziffernmäßig immerhin noch ein Betrag von 17,5 Millionen Schilling ungedeckt ist, so besteht die Gefahr und die Befürchtung, daß man unter Umständen sagt: Es haben sich neuerlich Spannungen auf dem Kreditmarkt ergeben, wir haben auf Grund der weiteren Ausblicke feststellen müssen, daß sich die finanzielle Situation doch nicht so günstig gestaltet, wie man angenommen hat. Wir müssen daher diese 17,5 Millionen Schilling einsparen. Wenn man vielleicht diese Gedankengänge haben sollte, so würde das bedeuten, daß von dem ziemlich

pompös angekündigten Wirtschafts- und Winterhilfsprogramm nicht viel übrigbleibt, weil die ganzen Beträge wieder konsumiert werden müssen; von dem Programm könnte dann nur sehr wenig verwirklicht werden. Es drängt sich also die Feststellung auf, wie sehr die Ankündigung des Winterhilfsprogramms übertrieben gewesen ist. Dazu ist im allgemeinen noch eine ganz große Enttäuschung gekommen. Als in den Zeitungen die Ankündigung von dem großen Notstandsprogramm zu lesen war, haben sich die Gemeinden und verschiedene andere Interessenten große Hoffnungen gemacht. Ihre Sorge, einen Beitrag zu leisten, um die Arbeitslosigkeit in ihrem Gebiet zu bekämpfen und die wirtschaftliche Krise wenigstens teilweise zurückzudrängen, hat sie sofort auf den Plan gerufen, weil sie meinten, daß nun die nötigen Gelder zur Verfügung stehen, um nach der Richtung hin etwas zu unternehmen. Die Leute sind aber heute schwer enttäuscht, weil sie, wenn sie morgen den Bericht über die heutige Landtagssitzung lesen, daraus entnehmen müssen, daß die Beiträge einmal wesentlich geringer sind (*Widerspruch bei der ÖVP*), als sie angekündigt worden sind, und daß sie außerdem schon ganz genau für ganz bestimmte Zwecke eingeteilt sind, also zweckgebunden verwendet werden müssen.

Eine zweite Sache ist noch die, daß man, glaube ich, mit einer solchen Ankündigung dem Lande Niederösterreich nicht genützt hat. Wir belieben uns immer in der Rolle des Benachteiligten und des besonders Bedrückten zu geben. Und einem solchen Bettler steht es nicht gut an, wenn er nun plötzlich mit großen Worten Ankündigungen macht, nach denen der andere glauben muß, daß es uns wirklich so gut geht. Es geht uns aber wirklich nicht gut. Wenn wir aber so reden, werden die anderen nur dazu verhalten, zu sagen: Nun gut, wenn ihr ohnedies diese fetten Möglichkeiten habt, werden wir noch zugeknöpfter sein, wenn es gilt, den besonderen niederösterreichischen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Wir sprechen immer davon, daß es uns Niederösterreichern besonders schlecht geht. Der Herr Finanzreferent hat heute hier angedeutet, daß wir bei den Steuern, die nach dem Aufkommen verteilt werden, besonders ungünstig daran sind. Das soll sicher nicht heißen, daß wir in Niederösterreich vielleicht steuerscheu sind, sondern das heißt, daß eben die wirtschaftliche Produktivität unseres Landes sich auf einer absteigenden Linie befindet. Deswegen ist das Aufkommen an Steuern in Niederösterreich ein durchaus befriedigendes. Die Umstände und Verhältnisse in Niederösterreich, die zu dieser Situation führen,

sind ja allgemein bekannt. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, im niederösterreichischen Landtag über diese Dinge zu sprechen. Es ist sicher wenig Patriotismus in den Herzen jener Menschen, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind, und die es dazu bringen und dafür verantwortlich sind, daß die Steuerkraft Niederösterreichs ständig zurückgeht. Ich bin mir aber darüber klar, daß eine Änderung nicht durch Appelle von diesem Hause aus herbeigeführt werden kann, sondern daß das einzig und allein abhängig ist von der weiteren politischen Entwicklung in unserem Lande.

Wir haben gestern im Finanzausschuß gehört, daß die beiden Summen, die als neue Kreditposten und als Überschreitungen in Frage kommen, sich durchaus nicht aus lauter solchen Beträgen zusammensetzen, die für neue, erst in Angriff zu nehmende Arbeiten verwendet werden können. Wir haben in einem konkreten Fall festgestellt, daß die veranschlagte Summe mindestens zur Hälfte bereits ausgegeben ist.

Ich bin überzeugt — und jeder Praktiker der Verwaltung weiß es —, daß es im Zuge von Arbeiten überall Überschreitungen gibt, die sich kaum vermeiden lassen, die aber erst festgestellt werden können, wenn das betreffende Bauvorhaben abgeschlossen ist. Dann muß man natürlich kommen und sich diese Überschreitungen bewilligen lassen. Das geht in Ordnung, das will ich nicht bestreiten. Worauf ich nur aufmerksam machen will, ist, daß diese Beträge, die als Überschreitungen hier in den verschiedensten Gruppen aufgezählt werden, auf keinen Fall mehr Beträge sind, die zur Schaffung von neuen Arbeitsmöglichkeiten verwendet werden können.

Für das eigentliche Notstandsprogramm werden Beträge von ungefähr 10,75 Millionen Schilling angegeben. Darf ich dazu sagen, daß wir auch da feststellen konnten, daß gewisse Beträge bereits verausgabt worden sind, denn durch die Mischung von Notstandsprogramm 1951, Notstandsprogramm der Bundesregierung im Sommer 1952 und Winternotstandsprogramm 1952 ergibt sich zwangsläufig das Vorziehen gewisser Beträge. Es muß dann wieder manches zurückgestellt werden, weil sich die Dinge anders entwickelt haben. Wir glauben, daß wir uns nicht täuschen, wenn wir feststellen, daß diese Beträge nur zu einem wesentlich geringeren Teil als angegeben wirklich praktisch für einen neuen Arbeitseinsatz Verwendung werden finden können.

Wenn wir das alles zusammenzählen, dann muß man bei größter Toleranz zu der Auffassung kommen, daß höchstens 13 bis 15 Mil-

lionen Schilling für tatsächliche Arbeitsbeschaffung in Frage kommen. Dazu kommt, daß durch die Eigenart der durchzuführenden Arbeiten es nicht möglich sein wird, alles im Winter durchzuführen, daß verschiedene Arbeiten abgestoppt werden müssen, auch dann, wenn man die Absicht hätte, die Arbeiten fortzuführen. So können beispielsweise die Straßenbauten bei bestem Willen nicht fortgeführt werden, wenn starker Schneefall die Straßen zudeckt und ganz einfach die Auftragung von Schotter sowie Walzungen nicht mehr möglich macht.

Viel Aufhebens wurde davon gemacht, daß nun für Wohnbauförderungen neuerlich ein Betrag von 9 Millionen Schilling bereitgestellt wird. Gewiß, wir haben in Niederösterreich eine besonders erschreckend hohe Wohnungsnot, eine Not, die die Not auf vielen Gebieten anderer Verwaltungszweige überschattet. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Wohnraum die beiden großen sozialen Fragen sind, die dieses Land lösen muß, wenn es nicht zu unerhörten sozialen Spannungen kommen soll. Nur bin ich der Meinung, daß es übertrieben ist, zu glauben, daß mit dem Betrag von 9 Millionen Schilling ein vierfacher Betrag tatsächlich in Arbeit gebracht werden kann. Die Erfahrung lehrt, daß diese Beträge im überwiegend größten Ausmaß bereits verbaut worden sind, daß sich die Leute durch Zwischenkredite geholfen haben und daß sie nun versuchen werden, diese Kredite abzustoßen, weil, wie Sie wissen, die Sparkassenzinsen so hoch sind, daß jeder, der sich eine Kleinwohnung baut, diese Zinsen beim besten Willen nicht leisten kann.

Ich bin also der Meinung, daß mit diesem Betrag nicht viel geleistet werden kann. Sicher ist jedoch, daß von den vielen — es sind auf Grund der Regierungsvorlage mehr als 1700 — wenigstens wieder ein Teil die Möglichkeit haben wird, Kredite für den Wohnbau zu bekommen. Ich weiß aber nicht, ob die Art, wie diese Kredite in Niederösterreich verwendet werden, zweckmäßig ist. Ich habe innerlich meine tiefsten Bedenken dagegen, daß die Wohnbauförderung bei uns in einem bestimmten Verhältnis, sagen wir nach dem Proporz, durchgeführt wird, weil diese Art der Wohnbauförderung den tatsächlichen sozialen Bedürfnissen in gar keiner Weise Rechnung trägt. Aber immerhin, wir begrüßen es, daß dieser Betrag zur Verfügung gestellt wird.

Ich kann auch nicht dem zustimmen, was Herr Landesrat Müllner gesagt hat, nämlich daß man bei den Beträgen für Wasserbauten, für Wildbachverbauungen, für Kanalisationen, für Güterwege usw., ganz einfach einen Fak-

tor, der zwei oder drei oder auch vier sein kann, zu nehmen braucht, um festzustellen, daß der sich daraus ergebende Betrag jener ist, der wirklich in Arbeitsleistung umgesetzt wird. Diese Form der Rechnung ist nicht ernst; sie ist auch volkswirtschaftlich nicht vertretbar, denn wir haben bei der Durchführung des Winterarbeitsprogramms noch folgende große Fragen zu lösen: Werden die anderen die Verpflichtungen aus ihrer Beitragsleistung erfüllen oder erfüllen können? Wird der Bund die Beträge, die er zugesagt hat, auch tatsächlich zur Verfügung stellen? Weiter haben wir gehört, daß sich der Bund bei bestimmten Baugruppen vorbehält, jedes einzelne Bauvorhaben separat zu genehmigen. Damit hat er es in der Hand, jeden Tag einen Punkt bei den Arbeiten zu machen und unsere Hoffnungen werden dann zu Wasser. Und weiter noch, haben die Interessenten, mit deren Beitragsleistungen gerechnet wird, die Mittel bereit, um ihre Beiträge zuschießen zu können? Vor allem zweifle ich, daß die niederösterreichischen Gemeinden in der Lage sind, ihren Anteil für diese Arbeiten bereitzustellen, um damit die Durchführung der Arbeiten tatsächlich zu sichern. Die Gemeinden sind in den letzten Jahren ungemein schwer belastet worden; der Weisheit letzte Kunst der österreichischen Finanzminister bestand seit 1945 darin, daß man alle Lasten auf die Gemeinden abgewälzt hat. Wenn es nicht mehr weiterging, dann sind die Gemeinden herangezogen worden, und zwar entweder zu einem Notopfer oder zu einem Bundespräzipium oder wie man jetzt wieder einen neuen Namen hierfür gebraucht, zur Leistung von Vorzugsanteilen an den Bund. Die Gemeinden hat man aber nicht gefragt, ob sie dieses ständige Scheren auch vertragen, sondern man hat es als selbstverständlich hingenommen, daß sie diese Opfer bringen. Aus diesem Grunde glaube ich, daß es nicht möglich sein wird, daß die Gemeinden, insbesondere jene der Notstandsgebiete, die ihnen zugedachten oder ihnen zustehenden Beiträge zum Winterarbeitsprogramm erbringen werden können.

Wenn wir nun aus dieser Vorlage die letzten Schlüsse ziehen, so wäre dazu folgendes zu sagen:

Es erweist sich wieder, daß vor allem in Notzeiten die private Wirtschaft außerstande ist, so einzugreifen, daß die Menschen ihr Unrecht auf Arbeitsplätze auch tatsächlich erfüllt bekommen. Es muß immer wieder die Gemeinschaft einspringen. Es wird nun ein Versuch unternommen, auch vom Land Niederösterreich für diesen Zweck einen Beitrag zu leisten. Hoffen wir nur, daß dieser Versuch gelingen wird und daß er sich auch lohnt,

damit viele Arbeitslose — ich will keine Zahlen nennen — in ihrer Hoffnung, zu einem Arbeitsplatz zu kommen, nicht enttäuscht werden, und sie nicht Monate hindurch darauf angewiesen sind, stempeln zu gehen. Allerdings mit Versprechungen, großen Aufmachungen und Worten, die einer sachmäßigen Überprüfung nicht standhalten können, wird man diese Dinge nicht beheben können. Ich halte daher auch die Form, wie diese ganze Sache hier gemacht worden ist, für nicht sehr glücklich, weil ich meine, daß wir damit, wie ich schon gesagt habe, unserem Lande keinen großen Dienst erwiesen haben. Wir haben die ernste Verpflichtung, wenn sich die Not an uns herandrängt, alles zu unternehmen, um sie wenigstens teilweise einzudämmen. Dieses Notstandsprogramm, das nur ein erster Schritt sein soll, ist in wenigen Wochen erschöpft. Was geschieht aber dann? Ich glaube, daß es die Meinung des ganzen Landtages ist, daß der Finanzreferent unbedingt zeitgerecht ein ordentliches Budget vorlegt. (*Rufe links: Sehr richtig!*) Man kann sich nicht ausreden, daß es nicht möglich ist, ein ordentliches Budget vorzubereiten. Ich habe hier den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses des Nationalrates, in dem der Berichterstatter Dipl.-Ing. Pius Fink folgendes sagte: Die Notwendigkeit zur Einbringung einer Regierungsvorlage über die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist unbedingt gegeben, weil unter anderem, und das ist jetzt wörtlich (*liest*) „den Ländern und Gemeinden aber doch die Möglichkeit geboten werden soll, ihre Voranschläge für das ganze Jahr 1953 rechtzeitig zu erstellen.“ (*Rufe links: Hört, hört!*)

Wenn diese Meinung des Nationalrates bei der Behandlung des Finanzausgleichs bestanden hat, so ist es offensichtlich, daß wir uns nicht irgendeinen Vorwand suchen sollen, um die Vorlage eines ordentlichen Budgets hinauszuschieben. Man kann heute in einigen Tageszeitungen lesen, daß der Landtag von Steiermark den Beschluß gefaßt hatte, das Haus vorzeitig aufzulösen, aber ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß zeitgerecht, also noch im Monat Dezember, ein ordentlicher Voranschlag für das kommende Jahr vorgelegt wird. (*Rufe links: Hört, hört!*) Was die Steiermark kann, müssen auch unsere Finanzverwalter zusammenbringen. Das ist keine Sache, um einer Formalität zu genügen, sondern wir hoffen, daß im Voranschlag für 1953 jene Beträge systematisch eingebaut werden, die es uns ermöglichen, diesem ersten Schritt, den wir mit dem Notstandsprogramm, das wir begrüßen, nun gemacht haben, einen

zweiten Schritt folgen zu lassen, damit die Wirtschaft im nächsten Jahr in Niederösterreich besser anläuft, als dies im heurigen Jahr geschehen ist. Unser Ruf nach einem ordentlichen Voranschlag, der rechtzeitig vorgelegt, gut fundiert und gut überlegt ist, und nicht von einer Seite nur ganz einfach zusammengestrichen, sondern unter Berücksichtigung der lebendigen Notwendigkeiten dieses großen Landes erstellt wird, ist daher nach meiner Meinung mehr als berechtigt. *(Beifall links.)*

Die heutige Vorlage stellt bei weitem nicht den großen Bogen dar, der aus leicht durchsichtigen Gründen zuerst gespannt worden ist, aber sie ist immerhin eine Vorlage, von der wir sagen können, daß im bescheidenen Rahmen ein Versuch unternommen wird, der Not, die in diesem Lande herrscht, entgegenzuwirken. Dieser Versuch wird aber nur dann wirksam werden, wenn wir uns nicht mit dem, was wir bis jetzt erreicht haben, zufrieden geben, sondern wenn wir mit unserer ganzen Kraft diesen ersten Weg erfolgreich weiterführen. Nur dann dienen wir dem Land Niederösterreich, das es wirklich notwendig hat, daß ihm von allen Seiten und auf allen Linien geholfen wird. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

3. PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Abg. Dr. Haberzettl.

Abg. Dr. HABERZETTL: Hohes Haus! Es ist von den Rednern der Gegenseite anerkannt worden, daß es unbedingt notwendig war, ein Nachtragsbudget zu erstellen, weil einerseits im Laufe des Jahres 1952 Pragmatisierungen der Landesbediensteten, Dienstzeitanrechnungen und Pensionsangleichungen der Altpensionisten durchgeführt wurden, deren Erfordernisse im Voranschlag 1952 nicht verankert werden konnten, weshalb sie jetzt im Nachtragsbudget eingebaut werden mußten, und weil andererseits das Winterarbeitsprogramm des Jahres 1951 in diesem Budget seine Deckung finden mußte, das bis zum 31. März des Jahres 1952 lief. Sie haben auch warme Worte für die Arbeitsbeschaffung im Winter 1952/53 gefunden. Auch hierfür mußte Vorsorge getroffen werden. Die Folge dieser Notwendigkeiten ist, daß wir heute dieses Nachtragsbudget mit einer Summe von 46,8 Millionen Schilling vor uns haben, von dem auf den Personalaufwand rund 9 Millionen Schilling und auf produktive Arbeiten rund 37 Millionen Schilling entfallen.

Der ordentliche und der außerordentliche Voranschlag des Jahres 1952 haben mit einem Abgang von 61 Millionen Schilling geschlossen. Wenn wir diese 46 Millionen Schil-

ling noch dazuzählen, so ergibt das einen Abgang von rund 107 Millionen Schilling. Dieser Abgang wurde zum Teil durch Mehreinnahmen abgedeckt.

Es ist hier die Frage aufgeworfen worden, warum der Finanzreferent den Abgang nicht durch aufgenommene Darlehen abgedeckt hat. Meine Herren, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß ein Finanzreferent in erster Linie trachten muß, zu sparen und eventuell aus eigenen Einnahmen oder aus Einsparungen oder aus allenfalls zu erwartenden Mehreinnahmen die Abgänge zu decken. Bleibt dann noch ein Abgang übrig, so ist es in der Geschäftswelt, beispielsweise bei Genossenschaften oder bei Aktiengesellschaften, üblich, daß man diesen restlichen Abgang auf das nächste Jahr überträgt. In unserem Falle kann dies erst im Jahre 1954 erfolgen, weil der Rechnungsabschluß des Jahres 1952 erst im Jahre 1953 gelegt wird, weshalb der Abgang des Jahres 1952 erst in den Voranschlag 1954 aufgenommen werden kann.

Andererseits, meine Herren, war es nicht immer möglich, irgendwelche namhafte Anleihen zu bekommen. Sie wissen alle, daß bis zum heurigen Jahr oder zumindest bis zum Herbst des Jahres 1951 die ganzen Investitionen aus den Marshall-Plan-Geldern finanziert wurden und daß erst seit dem vorigen Jahr, seitdem mit dem letzten Lohn- und Preisübereinkommen ein Preisstopp und eine Preissenkungsaktion eingeleitet wurde, eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung eingetreten ist. Denn jedes Lohn- und Preisübereinkommen war ein Substanzverlust an der Wirtschaft, darüber müssen wir uns endlich klar sein. Sie wissen, daß mit dieser Lohn- und Preisabkommen-Wirtschaft endlich einmal Schluß gemacht werden mußte. Jeder einzelne, der Arbeiter, der Bauer und der Gewerbetreibende, weiß das zu schätzen, weil er am Ende der Woche nicht mehr geschwind zum Kaufmann zu laufen braucht, um dort rasch noch verschiedene Sachen einzukaufen. Er dreht heute den Schilling in seiner Tasche hundertmal um, bevor er ihn ausgibt, weil er weiß, daß er morgen oder übermorgen oder in einem Monat oder in zwei Monaten die Sachen, die er wohl braucht, aber momentan nicht braucht, zu demselben Preis und vielleicht auch noch billiger bekommen kann.

Wenn auch verschiedentlich dagegen immer wieder polemisiert wird, über die Tatsache kommen wir nicht hinweg, daß die Leute heute schon zu sparen begonnen haben und ihr Geld in die Sparkasse tragen. Die Ziffern, die heute in den Zeitungen stehen, das sind

keine Potemkinschen Dörfer, sondern das ist die Wahrheit. (*Landesrat Brachmann: Wo ist das behauptet worden? Wer hat das behauptet?*) Ich kann selber, nachdem ich im Sparkassenwesen tätig bin, feststellen, daß die Leute sparen und daß dadurch die Kapitalbildung bedeutend ist. Während wir bisher mit fremdem Kapital unsere Investitionen machen mußten, können wir jetzt darangehen, sie mit eigenem Kapital durchzuführen. Es gibt eine ganze Reihe von Geldinstituten, auch in Niederösterreich, die heute bereit sind, zu einem verhältnismäßig niederen Zinsfuß — zum Beispiel zu 8 Prozent — Darlehen, Kassenkredite usw. zu geben.

Worum geht es nun bei diesem Nachtragsbudget? Sie haben immer die Behauptung aufgestellt, das Land Niederösterreich habe es versäumt, zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit ein Winternotstandsprogramm aufzustellen. Nun, meine Herren, dieses Nachtragsbudget ist ja eigentlich nichts anderes als dieses Winternotstandsprogramm. Wenn man von den 46 Millionen Schilling als Gesamtsumme die 9 Millionen Schilling abzieht, die für den Personalaufwand aufscheinen, so steht die übrige Summe für produktive Arbeit zur Verfügung.

Ich habe gestern die Verhandlungen im Budgetausschuß sehr interessiert verfolgt. Am Anfang war eine gewisse Mißstimmung da und ein gewisses Mißtrauen vorhanden. Man hat bei jedem Punkt gesucht und gesagt, da sei noch nichts zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit enthalten. Und so ist das immer wieder und wieder weitergegangen, bis wir endlich bei den letzteren Gruppen auf Posten gekommen sind, wo wirklich für die Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit ganz namhafte Beträge aufscheinen. Es ist richtig, daß in der Summe von 46 Millionen Schilling, abzüglich der 9 Millionen Schilling, Gelder enthalten sind, die für bereits begonnene Bauten ausgeworfen werden, das heißt für deren Durchführung Schulden gemacht wurden, die jetzt bezahlt werden müssen. Andererseits sind aber darin auch Summen enthalten für Arbeiten, die noch gar nicht vergeben wurden, die also wirklich erst in Angriff genommen werden können.

Wenn nun der Herr Präsident Wondrak erklärt hat, von den 10 Millionen Schilling, die im eigentlichen Notstandsprogramm aufscheinen, wisse man nicht genau, ob sie sicher sind, dann muß ich Ihnen sagen, daß diese Summe für das Jahr 1952 tatsächlich zur Verfügung stehen wird.

Es wurde auch vom Abg. Dubovsky erklärt, wenn wir dieses Nachtragsbudget mit jenem

des Vorjahres vergleichen, daß sich nichts geändert habe. Nun, meine Herren, das ist nicht richtig. Das Nachtragsbudget des Jahres 1951 diente zur Sanierung des Budgets 1951, weil wir damals ein Lohn- und Preisübereinkommen hatten. Im Jahre 1952 haben wir keine Lohn- und Preisübereinkommen gehabt; infolgedessen ist es hier wirklich etwas Neues. Herr Abg. Dubovsky hat weiter erklärt, wenn man dieses Budget zerrupfen würde, würden nur einige Federn übrigbleiben. Ich glaube, mein lieber Abg. Dubovsky, Sie haben damit vielleicht nur die Friedenstaube gemeint. (*Landesrat Waltner: Sehr gut!*)

Wenn wir uns etwas näher mit den Ziffern befassen, die dieses Nachtragsbudget enthält, so finden wir, daß für tatsächliche produktive Arbeit nicht, wie hier gesagt wurde, 10 oder 15 Millionen Schilling, sondern 31,9 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Dieses Geld ist da, und wir müssen sagen, das ist für das Land Niederösterreich, das nicht gerade in den günstigsten Verhältnissen lebt, weil es unter den Kriegsfolgen und unter den Nachkriegerscheinungen zu leiden hat, eine ganz schöne und hohe Summe. Wir können mit Stolz darauf verweisen, das zum Beispiel zur Fortführung der Elektrifizierungen im Nachtragsbudget ein Betrag von 2,5 Millionen Schilling enthalten ist. Dazu sollen wir den gleichen Betrag vom Bund bekommen, so daß sich zusammen eine Summe von 5 Millionen Schilling ergibt. Sie müssen bedenken, daß es zum Beispiel im Waldviertel Gebiete gibt, die noch nicht elektrifiziert sind und für die jetzt diese Summen eine ganz gewaltige Unterstützung bedeuten, weil viele Einschichthöfe endlich auch einmal an das elektrische Lichtnetz angeschlossen werden. Wenn weiter im Nachtragsbudget für Meliorationen 3,5 Millionen Schilling enthalten sind, so muß ich auch sagen, obwohl ich kein Agrarier bin, daß dieser Betrag für unsere Landwirtschaft etwas ganz Besonderes bedeutet.

Ich begrüße auch den Betrag von 700.000 S zum weiteren Ausbau unserer Spitäler in Niederösterreich. Der Betrag ist gewiß nicht hoch, er bedeutet aber für die Gemeinden eine ganz schöne Unterstützung, insbesondere wenn er noch um 200.000 S erhöht wird. Herr Landesrat Brachmann wird sich wahrscheinlich dafür eingesetzt haben, was von ihm sicher löblich ist.

Wenn 9 Millionen Schilling für den Wohnbau bereitgestellt werden, so können wir mit Recht sagen, daß dadurch wirklich 25 Millionen Schilling ins Rollen kommen, denn gewöhnlich bekommen die Leute nur ein Drittel der Gesamtkosten für den Hausbau.

Mit den Beträgen für Straßenbauten und

für Wasserbauten sowie mit den Beträgen, die wir heute noch beschließen, werden rund 39 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Ich glaube, das ist eine ganz beachtliche Leistung des Landes Niederösterreich.

Wenn nun hier soviel von dem sogenannten „niederösterreichischen Wunder“ geredet wurde, so möchte ich dazu sagen, daß von dem Artikel, der in der „Tageszeitung“ gestanden ist, zuviel Federlesens gemacht wird. Der Artikel ist nicht mit Wissen der Abgeordneten erschienen. Ich bin für die Presse zwar sehr eingesprengt, aber Sie wissen selbst, wenn ein Reporter zu einem kommt, so hat er meistens etwas ganz anderes im Kopfe, er hört nur mit einem Ohr hin, und dann wird etwas fabriziert und in den Zeitungen in Sensationslettern gedruckt. Der Herr Landesrat Müllner hat den Artikel nicht geschrieben — das hat er gestern schon im Finanzausschuß erklärt —, sondern ein Reporter hat ihn geschrieben. Der Herr Landesrat Müllner ist infolgedessen für diesen Artikel auch nicht verantwortlich. Unser Finanzreferent kann in Niederösterreich kein Wunder schaffen, das ist klar; aber vielleicht könnten andere ein Wunder schaffen. (*Zwischenruf beim Linksblock.*) Ein Wunder, das muß ich hier feststellen, ist wohl geschehen, es hat sich nämlich der Herr Abg. Dubovsky für die niederösterreichischen Gewerbetreibenden eingesetzt. Sehen Sie, das ist ein Wunder! (*Abg. Hainisch: Das ist ein Wunder von Niederösterreich!*) Wenn der Herr Abg. Dubovsky erklärt hat, der Finanzreferent hat geschwind etwas gemacht, damit vor den Weihnachtsfeiertagen und vor den Wahlen noch etwas gemacht wird, um über den 22. Februar hinwegzukommen, dann muß ich hier feststellen — das wissen wir doch alle —, daß ja der Landtag am 22. Februar nicht gewählt wird und daß wir uns infolgedessen nicht aus dem vom Abg. Dubovsky angeführten Grund zu diesem Nachtragsbudget entschlossen haben. Am 22. Februar wird nicht über die letztgeleisteten Arbeiten entschieden, sondern am 22. Februar wird über die ganze Aufbauarbeit seit dem Jahre 1945 entschieden, und wir sind so gerecht, zu sagen: Nicht die ÖVP hat das allein gemacht, sondern die beiden großen Parteien, die die Koalition im Staate und schließlich auch hier in Niederösterreich im Landtag bilden, sind für diese Arbeiten verantwortlich; diese beiden Parteien haben dieses Positive geschaffen, und das Volk merkt es auch, daß es aufwärts geht. Im Jahre 1945 ist über unseren Tisch noch das Hungertuch gebreitet gewesen, und kein Mensch kann es leugnen, daß wir heute einen gedeckten Tisch haben.

Der Finanzreferent hat sich bemüht, mit diesem Nachtragsbudget allen Wünschen der einzelnen Referate Rechnung zu tragen, und er hat auch den richtigen Weg gefunden. Weil wir nun die Einnahmen des Landes dadurch, daß sie vom Bund kommen, zeitweise verspätet erhalten, erheischt es die Kassenlage, daß Kredite aufgenommen werden. Daher hat der Finanzreferent um die Bewilligung eines Kredits von 30 Millionen Schilling ersucht.

Wenn Sie das gewisse Mißtrauen beiseite lassen und die ganze Sache wirklich unvoreingenommen betrachten, dann müssen Sie zugeben, daß der Finanzreferent ein entsprechendes Notstandsprogramm aufgestellt hat, daß das hierzu erforderliche Geld vorhanden ist und daß daher die Arbeiten sofort vergeben werden können. Es ist also wirklich alles gemacht worden, was notwendig ist.

Unser Finanzreferent hat jetzt den Weg beschritten, daß nicht das Land allein als Bauherr für Wohnbauten auftritt, sondern daß auch die Privaten als Bauherrn auftreten und in dieser Hinsicht unterstützt werden. Grundsätzlich hat die öffentliche Hand nicht Steuern aus den Leuten herauszupressen und damit Wohnbauten aufzuführen. Die öffentliche Hand hat auch die Aufgabe, die privaten Bauherrn zu unterstützen, und das Nachtragsbudget, das der Finanzreferent erstellt hat, ist nach unserer Ansicht geeignet, nicht nur diesem Standpunkt gerecht zu werden, sondern auch damit die Arbeitslosigkeit im Lande Niederösterreich zu mildern.

Ich kann daher im Namen unserer Fraktion dem Finanzreferenten und auch seinen beamteten Mitarbeitern öffentlich den Dank aussprechen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Dieses Budget schafft Arbeit, sichert die mühevolle Bautätigkeit von 1945 bis jetzt und gewährleistet aber auch seine Fortführung. Aus diesem Grunde begrüßen wir dieses Nachtragsbudget und stimmen dafür. (*Beifall bei der ÖVP.*)

3. PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Der Herr Finanzreferent hat uns, um der alljährlich wiederkehrenden Not zu begegnen, ein Nachtragsbudget vorgelegt. Es ist heute schon des öfteren erwähnt worden, daß dazu in der Presse Stellung genommen worden ist, bevor sich der Finanzausschuß als die zuständige Körperschaft damit befassen konnte. Es hat uns einigermaßen angenehm berührt, daß der Finanzreferent selbst von dieser Form der Presseaussendungen abgerückt ist und den

Wert dieses Nachtragsbudgets auf sein wirkliches Ausmaß reduziert hat.

Es sind also die 46,8 Millionen Schilling, die in diesem Nachtragsbudget aufscheinen, aufgegliedert worden, und zwar entfallen auf Personallasten 9,5 Millionen Schilling und auf den Sachaufwand 37 Millionen Schilling. Gerechterweise wollen wir in diesem Zusammenhang erwähnen, daß ein Teil dieses Nachtragsbudgets dadurch wirksam wird, daß der Bund aus den Countertpartmitteln Beträge dem Lande zur Verfügung stellt, die uns instand setzen, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Die Öffentlichkeit — vor allem die arbeitende Öffentlichkeit — horchte natürlich auf, als die Pressenachricht über das Nachtragsbudget erschienen ist, denn die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist durchaus nicht so, daß sie uns als arbeitende Menschen befriedigen könnte.

In der Legende zu diesem Nachtragsbudget steht unter anderem, daß ein Großteil der ausgewiesenen Mittel für Ausgaben Verwendung findet, die arbeitsvermittelnd wirken. Dieser Satz ist also in der Gegenwartsform geschrieben worden. Ich bin aber der Meinung, daß es besser und zweckmäßiger gewesen wäre, wenn dieser Satz in der Vergangenheitsform geschrieben worden wäre. (*Ruf bei den Sozialisten: Sehr richtig!*) Es ist da also ein grammatikalischer Fehler drinnen, denn ein großer Teil der im Nachtragsbudget enthaltenen Summen ist bereits verausgabt, er kann daher nicht mehr arbeitsfördernd für die nächste Zukunft, auf die es ankommt, wirken. Es ist nun aber nicht so, daß für diesen grammatikalischen Fehler der Verfasser eine schlechte Note in Deutsche Sprache bekommt, sondern er bedeutet für viele Menschen, die heute arbeitslos sind, eine schwindende Hoffnung, die sie sich nach der großen Aufmachung, mit der das Nachtragsbudget erstellt wurde, erwartet haben, nämlich daß für sie in der nächsten Zeit ein Arbeitsplatz gesichert ist.

Tatsächlich schreiben wir erst den Monat November, und wir stellen mit einiger Beunruhigung fest, daß die Arbeitslosenziffer in unserem Bundesland Niederösterreich nahezu die Zahl von 27.000 erreicht hat. (*Hörthörtrufe bei den Sozialisten.*) An sich wäre diese Zahl nicht sehr beunruhigend, sie ist aber nicht zu unterschätzen, wenn wir bei einem Vergleich mit dem Vorjahr feststellen müssen, daß um die gleiche Zeit des Jahres 1951 die Arbeitslosenziffer bei ungefähr 13.000, also bei der Hälfte, gewesen ist.

Es ist also zu erwarten, daß in den nächsten Monaten, in denen der Winter mit voller Wucht auf uns hereinbricht, die Arbeitslosen-

ziffer über das Maß hinaussteigt, das wir im Jahre 1951 zu verzeichnen hatten. Wir fragen uns aus unserem Verantwortungsbewußtsein heraus: Wohin soll das führen, wenn diese Entwicklung in der Richtung weitergehen würde?

Es hat einmal Zeiten gegeben, die weit zurückliegen und in denen man es mit einer dumpfen Resignation als selbstverständlich hingenommen hat, daß die Arbeitslosigkeit einfach eine unvermeidliche Erscheinung wäre. Es gibt heute noch viele, die es noch nicht wahrhaben wollen, daß diese Zeiten endgültig vorüber sind und daß wir es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren können, es zuzulassen, daß eine gewisse Zahl von Menschen aus dem Produktions- und Arbeitsprozeß ausgeschaltet wird, nutzlose Glieder der menschlichen Gesellschaft in unserem Staate sind oder, wie man das so schön nennt, eine industrielle Reservearmee darstellen. Diese industrielle Reservearmee mag vielleicht für ungefähr ein Zehntel der Bevölkerung eine angenehme Erscheinung sein, deshalb, weil sie lohnregulierend oder lohnsenkend, lohndrückend wirkt, aber ungefähr neun Zehntel der Bevölkerung empfinden die Arbeitslosigkeit als eine Geißel, als einen Fluch, und sie lehnen die Arbeitslosigkeit unter allen Umständen und mit aller Vehemenz und mit aller Kraft, die ihnen zur Verfügung steht, ab.

Es kann unserer Meinung nach auch nicht der Weisheit letzter Schluß sein, daß man in Zeiten, in denen eine sogenannte Krise in Erscheinung tritt, einfach darangeht, Betriebe einzuschränken, Betriebe stillzulegen, Investitionen zu kürzen und damit die Menschen dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu überantworten. Das war bisher der Weg, der immer wieder von den Unternehmern gegangen wurde. Man muß daraus schließen, daß das auch weiterhin so sein sollte, weil eben zuviel Menschen auf der Erde sind. Man müßte aber dann zur Überzeugung gelangen, daß jene Lehre, die davon spricht, daß die Vergrößerung der Familie, der Kindersegen, das höchste Glück darstelle, falsch wäre, weil man damit gleichzeitig die Befürchtung hegen müßte, daß den Kindern nichts anderes als die Arbeitslosigkeit beschieden sein wird.

Man sage uns auch nicht, daß die Arbeit in den Wintermonaten zu teuer käme. Erstens sei festgestellt, daß in den nordischen Ländern, die von den Witterungserscheinungen viel stärker betroffen werden als wir, die Beschäftigung den Winter hindurch in weit höherem Ausmaß aufrechterhalten wird als bei uns und daß bereits errechnet ist, daß die Kosten für die Weiterführung der Arbeiten,

auch der Bauarbeiten, nicht besonders höher steigen als es während der Sommermonate der Fall ist, wenn nur die entsprechenden Vorkehrungen getroffen sind. Andererseits müssen wir es aber unter allen Umständen ablehnen, daß Rentabilitätsberechnungen in diesem Sinne angestellt werden. Rentabilitätsberechnungen bei irgendwelchen toten Waren mögen sinnvoll sein, das sei ohne weiteres zugegeben; aber Rentabilitätsberechnungen bei der Ware Arbeitskraft müßte man unter allen Umständen schon aus Menschlichkeitsgründen ablehnen, weil an dieser Ware Arbeitskraft jedesmal ein Menschenschicksal hängt. Es steht in der Regel zweifellos nicht immer das Schicksal eines Unternehmers auf dem Spiel. Für den Unternehmer bedeutet der Umstand, daß er den Betrieb einschränken oder stilllegen muß, im höchsten Fall Beschränkungen, die sich in einer engeren Geschäftsbasis ausdrücken lassen oder die für ihn unter Umständen den Verzicht auf Dinge bedeuten, die dem arbeitenden Menschen ohnehin nicht zugänglich sind. Aber für den arbeitenden Menschen bedeutet die Arbeitslosigkeit und die Einschränkung oder Stilllegung eines Betriebes Abstriche von unabdingbaren Bedürfnissen, vom Essen, von der Bekleidung, von den Wohnverhältnissen, von all den Mitteln, die zur Erhaltung des einzigen Reichtums dienen, den der arbeitende Mensch hat, nämlich seiner eigenen Arbeitskraft.

Natürlich gäbe es noch einige Möglichkeiten, die uns über gewisse Sorgen mildernd hinweghelfen könnten. Es ist vom Herrn Abg. Präsidenten Wondrak erwähnt worden, daß die Wohnungsnot zum Beispiel in Niederösterreich sehr stark empfunden wird. Wir sind der Meinung, daß es eine Linderung geben könnte, wenn sich die Mehrheit in diesem Hause beispielsweise entschließen würde, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die §§ 8 und 9 des Wohnungsanforderungsgesetzes für Niederösterreich auch Geltung haben. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Das ist aber nur eine Teillösung. In der Hauptsache sind wir der Meinung, daß das Wohnungselend in diesem Lande nur durch eine intensivere Bautätigkeit gelindert werden kann und daß dafür unter allen Umständen Mittel beigestellt werden müssen. Es müssen alle Möglichkeiten geschaffen werden, um die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum herunterzudrücken.

Wenn heute der Herr Präsident Wondrak auch erwähnt hat, daß das erforderliche Geld, das wir vom Bund zu bekommen haben, noch nicht zu 100 Prozent in unserer Hand ist und daher noch nicht voll ausgegeben werden kann, so müssen wir das bestätigen,

weil uns der Herr Finanzreferent gerade gestern einige Aufklärungen in dem Sinne gegeben hat, daß sich die einzelnen Ressorts der Ministerien die Entscheidung über einzelne Posten vorbehalten haben und vielfach noch Abstriche erfolgen werden, so daß die Ziffern noch keineswegs als endgültig betrachtet werden können, mit denen wir zu operieren haben werden.

Es müssen also über die vorhandenen Mittel hinaus, die im Nachtragsbudget in Erscheinung treten, unserer Meinung nach noch neue Wege gegangen werden, weil wir überzeugt sind, daß zwar mit Hilfe des Nachtragsbudgets unleugbar Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können, aber bei weitem nicht so viele Arbeitsmöglichkeiten, daß wir die Arbeitslosigkeit, die in den Wintermonaten noch viel stärker als jetzt in Erscheinung treten wird, entscheidend einschränken oder mildern könnten. Ist es beispielsweise nicht eine groteske Erscheinung, daß uns bei einer Beratung über die Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit von maßgebenden Fachleuten des Landes mitgeteilt wurde, daß wir über eine Reihe von modernen Straßenbaumaschinen verfügen, die imstande sind, unter einer möglichst geringen Beihilfe von Menschenkraft weit mehr Straßenkilometer fertigzustellen, als es mit Handarbeit möglich ist, daß wir aber diese Maschinen nicht anwenden können, weil wir bestrebt sein müssen, möglichst viel Menschenhände einzusetzen, um die Arbeitslosigkeit hemmen zu können? Man sollte doch meinen, daß jene Maschinen, die Menschengestalt erfunden hat, dazu da wären, uns die Arbeit zu erleichtern, daß sie dazu geschaffen wurden, um die Menschheit endlich vom Joch der Arbeit, die sie sonst vollbringen müßte, zu befreien. Statt dessen müssen wir diese Maschinen rosten lassen, weil wir mit den gesellschaftlichen Problemen, mit den gesellschaftlichen Widersprüchen einfach nicht fertig werden können! Es ist dies eine Tatsache, die allein geeignet wäre, den Widersinn der bei uns bestehenden Ordnung aufzuzeigen.

Der Herr Abg. Dr. Haberzettl hat auch davon gesprochen, daß wir erfreulicherweise in unserem Lande die Stabilisierung erreicht haben. Wir geben das ohne weiteres zu, aber ich erinnere daran — und es ist notwendig, daran zu erinnern —, daß es in der Hauptsache die arbeitende Bevölkerung war, die durch ihre Selbstdisziplin bis zur Selbstverleugnung dazu beigetragen hat, daß in unserem Lande geordnete Verhältnisse einkehrten. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Darf ich daran erinnern, daß es die arbeitende Bevölkerung war, die eine Währungsreform auf

sich genommen hat, und glauben Sie es mir — ich war selbst praktisch in dieser Richtung hin tätig —, es war nicht einfach, die arbeitenden Menschen davon zu überzeugen, daß sie von heute auf morgen auf den Glauben verzichten müssen, daß sie in ihrem Sparbüchel nach der Währungsreform noch den Betrag zur Verfügung haben, den sie gespart haben. Die arbeitende Bevölkerung hat dies auf sich genommen, denn sie hat erkannt, daß die Währungsreform im Interesse des Staates und im Interesse der Aufrechterhaltung seines finanziellen Gleichgewichtes notwendig ist. Wir haben letzten Endes fünf Lohn- und Preisabkommen auf uns genommen, die nicht nur und nicht in erster Linie die Löhne garantieren sollten, sondern die in erster Linie dazu angetan waren, ebenfalls das finanzielle Gleichgewicht im Staate aufrechtzuerhalten. Alles das hat die arbeitende Bevölkerung auf sich genommen, und ich darf daran erinnern, daß das gleiche nicht immer auch bei den Unternehmern der Fall gewesen ist. Ich erinnere nur daran, daß die Unternehmer oftmals durch Strafmaßnahmen gezwungen werden mußten, sich in den gegebenen Rahmen hineinzufinden und mit den Preisen nicht über die Stränge zu schlagen, damit man der Arbeiterschaft begreiflich machen konnte, daß sie bei den Löhnen bleiben muß. Ich darf noch daran erinnern, daß beispielsweise die beabsichtigten Maßnahmen des Papierkartells keineswegs geeignet gewesen wären, die Stabilität der österreichischen Währung zu garantieren. Ich muß feststellen, daß die Disziplin, die in unserem Lande notwendig war, um die Stabilität herbeizuführen und aus der wir nun für das Land einigen Nutzen schöpfen können, nicht zuletzt ein Verdienst der arbeitenden Bevölkerung in unserem Lande ist. Bund, Land und auch die Gemeinden, Hohes Haus, sind daher verpflichtet, für Arbeit zu sorgen; sie können es aber nicht allein. Im Rahmen der gesamten Wirtschaft unseres Landes haben mithin selbstverständlich auch Privatunternehmer mit dazu beitragen, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in genügendem Ausmaß getroffen werden. Es scheint aber, daß die Privatwirtschaft immer weniger imstande ist, dieser volkswirtschaftlichen Pflicht zu genügen. Sie versteht es noch immer nicht, daß es gilt, in solchen Zeiten Opfer zu bringen, um eine effektive Gefahr von unserem Lande abzuwenden, und eine Gefahr schwebt zweifellos über unserem Lande. Wir haben es schon in der Vergangenheit erlebt — es ist noch nicht viele Jahrzehnte zurück, Hohes Haus —, daß notleidende Menschen, die aus dem Produktions-

prozeß ausgeschaltet waren, politischen Abenteuern nachgelaufen sind, und zwar aus der Tatsache heraus, daß sie sich einfach überflüssig vorgekommen sind. Sie fühlten sich als unnütze Glieder im Staate und sie mußten sich die Frage vorlegen: Was habe ich zu verlieren, wenn ich diesem oder jenem politischen Abenteuer nachlaufe? Es kann für mich nicht schlechter werden, es kann unter Umständen besser werden. Wenn diese Rechnung auch falsch ist, so gibt es zweifellos noch immer eine Reihe von Menschen, die sich solche Fragen vorlegen und die die Entscheidung in dem Sinne treffen, daß das Land daraus unendliches Leid in der nächsten Zukunft zu erfahren hätte.

Wenn wir dazu noch feststellen, daß in unserem Lande eigenartige Verhältnisse herrschen, das heißt, daß es möglich ist, daß die Geister einer solchen Auffassung, die unserer Meinung nach ins Unglück führen würde, frei ihre Agitation betreiben können, dann müssen wir erkennen, daß diese Gefahr zweifellos unendlich groß ist. Diese Gefahr kann ohne weiteres beseitigt werden, wenn wir imstande sind, den Menschen, die von ihrer Hände und Köpfe Arbeit leben müssen, Arbeit in genügendem Ausmaß zu verschaffen. Dann wird es sich erübrigen, sie vor der Gefahr eines politischen Abenteuers zu bewahren, weil sie dann solchen Abenteuern einfach nicht nachlaufen werden. Ich will in diesem Zusammenhang nicht von der eventuellen fünften Kolonne, sondern ich will von einer sechsten und siebenten Kolonne reden, die in unserem Lande zweifellos wirksam sind und die solchen politischen Abenteuern durch eine kurzsichtige Profitpolitik Vorschub leisten. Beispielsweise sind es Unternehmer, wie wir das in der allerjüngsten Zeit erlebt haben, die versucht haben, ein Geschäft unwirksam zu machen, durch welches zum Beispiel nur Wiener Neustadt allein in stand gesetzt würde, viele Arbeiter bei der Herstellung von Volkswagen zu beschäftigen. Andererseits sind es Handelskreise, die bereit sind, ein solches Geschäft zu hintertreiben, nur damit sie einen größeren Profit durch den direkten Bezug von fertigen Volkswagen erreichen. (*Hörtrufe links.*) Es gibt auch in Österreich Bäckermeister, die die Errungenschaften des Bäckereiarbeiters durchbrechen, indem sie die Nachtbackarbeit für sich in Anspruch nehmen. Diese Bäckermeister übertreten ganz einfach das Nachtbackverbot, sie machen sich also einer Gesetzesübertretung schuldig. Daß dabei auch die arbeitende Jugend zu Schaden kommt, ist eine Selbstverständlichkeit. Damit, daß diese Kreise gegen die Arbeiterschaft solche Maßnahmen er-

greifen, leisten sie politischen Abenteuern Vorschub. In diesem Zusammenhang muß ich aber auch auf diejenigen hinweisen, die diesen Leuten helfen. Ich meine da die Bezirkshauptleute, die nicht bereit sind, die von den Arbeitsinspektoraten beantragten Strafen auch tatsächlich über solche Gesetzesbrecher zu verhängen. Ich meine aber auch die leitenden Funktionäre, die bereit sind, im Befreiungsweg eventuell verhängte Strafen unwirksam zu machen bzw. zu erleichtern. Alle diese Menschen erbringen den Beweis, daß sie es nicht verstehen, daß wir Österreicher alle zusammen, ob wir es wollen oder nicht, auf einem Ast sitzen, der, wenn wir ihn nicht in einer Form stützen, daß er eine sichere Tragbasis für uns bedeutet, einmal abbrechen wird, so daß wir dann alle zusammen herunterfallen.

Das möchte ich immer wieder mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. Ich habe es vor einem Jahr getan und tue es heute wieder aus meinem Pflichtbewußtsein heraus. Gefährlich ist das Denken solcher Menschen deshalb, weil ihnen die Möglichkeit gegeben ist, unter Umständen im Rahmen der politischen Mehrheit des Landes ihr Denken auch praktisch zu betätigen. Ich bitte Sie, diesen Menschen diese Möglichkeit zu nehmen, es wird dann ein Teil der Gefahren, die für unser Land ständig als eine Drohung vor uns stehen, geringer werden.

Wenn wir auch annehmen, Hohes Haus, daß der Herr Finanzreferent sein Bestes tun will, um mit diesem Nachtragsbudget arbeitsbeschaffend zu wirken, so müssen wir dennoch, ob wir wollen oder nicht, erkennen, daß es im Rahmen des Ganzen gesehen, nur ein Tropfen auf einem heißen Stein ist, daß es zuwenig ist, um die Not zu beseitigen, auch zuwenig, um nur die Hälfte der schon vorhandenen Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bringen.

Wir wissen, daß auch der Bund etwas dazu beitragen muß, ja daß er mehr als bisher für Niederösterreich leisten muß. Es muß unser aller Aufgabe sein, darauf einzuwirken, daß möglichst viele Leistungen für unser Land herausgeholt werden, für unser Land, das zweifellos am schwersten von allen Bundesländern Österreichs wirtschaftlich bedrängt ist.

Ich wiederhole es, daß die Zeiten endgültig vorüber sein müssen, in denen die Arbeitslosigkeit als etwas Selbstverständliches hingenommen wurde. Es müssen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neue Wege gegangen werden. Wenn wir alle zusammen nicht den Mut haben, neue Wege zu gehen, dann werden eben andere kommen und uns unseren

Platz streitig machen, und zwar mit Recht, weil wir die Aufgabe, die wir vor uns haben, einfach nicht zu erfüllen imstande sind.

Ich meine also, daß praktische Maßnahmen, wo immer sie sich nur bieten, getroffen werden müssen. Ich meine aber damit nicht Unterschriftensammlungen bei unwissenden Menschen, denen man den wahren Grund für ihre Unterschrift gar nicht sagt. Es wird zweifellos neue Möglichkeiten geben, die bei gegenseitigem Einvernehmen zwischen den beiden großen Parteien arbeitsbeschaffend wirken können.

Ich habe heute mit einigem Vergnügen gehört, daß der Herr Abg. Dr. Haberzettl neuerlich von einer Koalition der beiden großen Parteien nicht nur in der Bundesregierung, sondern auch hier im Landtag gesprochen hat. Ich erinnere mich aber, daß uns vor einem Jahr der Herr Abg. Zach degradiert hat, das heißt, daß er damals erklärt hat, hier in diesem Hause gäbe es keine Koalition. Ich will damit nicht sagen, daß wir einen ungeheuer großen Wert darauf legen, als Koalitionspartner bezeichnet zu werden. Der Geist, den der Herr Abg. Dr. Haberzettl zum Ausdruck gebracht hat, ist meiner Meinung nach der Geist, mit dem viel mehr geleistet werden könnte, als mit dem Geist, den der Herr Abg. Zach im vorigen Jahr zum Ausdruck gebracht hat. (*Abg. Ernecker: Oder der Horn in Schwechat! Der hat erst einen Koalitionsgeist! — Landesrat Brachmann: Der stößt halt immer wieder in das alte Horn!*)

Ich glaube, die Möglichkeit, die uns der Herr Finanzreferent mit zweifellos viel Arbeit gebracht hat, durch die im Nachtragsbudget vorgesehenen Mittel Arbeit zu schaffen, muß anerkannt werden. Wir stehen nicht an zu sagen, daß wir diesem Nachtragsbudget unsere Zustimmung geben werden. Aber ich möchte gleichzeitig mit tiefstem Ernst sagen: Wenn das die Endsumme wäre, dann würde es für unser Land ein Unglück bedeuten.

Abschließend, Hohes Haus, möchte ich noch daran erinnern, daß Weihnachten vor der Tür steht, also jenes Fest, durch welches den Menschen der Friede gebracht werden soll. Darunter ist in hohem Maße auch der Arbeitsfriede zu verstehen. Ich glaube, daß wir den Menschen am meisten Weihnachtsglück dadurch bescheren können, wenn wir ihnen sagen können, daß ihr Arbeitsplatz auch den Winter hindurch gesichert ist. Ich glaube, daß wir alle zusammen imstande sind, diese Arbeitsplätze zu sichern, wenn von seiten der beiden großen Parteien in diesem Hause der ehrliche Wille dazu vorhanden ist. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

3. PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Z a c h.

Abg. ZACH: Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Landtages! Das Nachtragsbudget zum kleineren Teil, das Arbeitsbeschaffungsbudget zum größeren Teil hat eine sehr interessante Aussprache ausgelöst. Wer den Ausführungen der verschiedenen Redner wirklich ruhig zugehört hat, der hat den Eindruck bekommen müssen, daß es recht leicht ist, zu sagen: Es müßte oder es sollte das und das geschehen; nur das Wie und das Woher anzugeben wurde geflissentlich unterlassen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn zu sagen, es sollte, es müßte zusammengeholfen werden, um alles Notwendige zu machen, ist zuwenig, um wirtschaftliche und gar finanzielle Probleme zu lösen. Solche Fragen lassen sich nur mit dem Rechenstift lösen, wobei man sich aber auch mit den Gegebenheiten auseinandersetzen müßte.

Ich will nur kurz auf die Ausführungen der einzelnen Herren eingehen und dann einige Gedanken äußern.

Wenn der Herr Abg. Dubovsky sagt, daß nach seiner Auffassung Niederösterreich schlecht daran ist, dann setzen wir fünf Rufzeichen nach dem „schlecht daran“. Aber nicht nur Niederösterreich, sondern auch das Burgenland ist schlecht daran. Es ist nur traurig, daß sich die übrigen Bewohner Österreichs nicht Klarheit darüber verschafft haben, wie schlecht die Niederösterreicher daran sind. Aber es ist einmal so im menschlichen Leben, was man nicht selbst erlebt und selbst durchgestanden hat, das wird man nie ganz verstehen. Nur wer Ähnliches durchgemacht hat, was wir durchmachen, würde uns verstehen. Daher ist es erfreulich, wenn für den niederösterreichischen Gedanken geworben wird. Aber es müßte dann auch die letzte Ursache gesagt werden, warum in Niederösterreich eine rückläufige wirtschaftliche Entwicklung auf vielen Gebieten der Industrie und des Gewerbes zu verzeichnen ist. Die Ursache ist, weil es eben Menschen gibt, die sich hier — ich spreche es aus — zuwenig sicher fühlen, so kleingläubig sind, wie es einige Herren heute hier angedeutet haben. Das sind Tatsachen, die wir allein zu meistern nicht imstande sind. Vielmehr sollten da alle mithelfen, die könnten, damit diesem Lande Niederösterreich endlich das gegeben wird, was allen anderen Ländern in vielen Belangen schon gegeben wurde, obwohl sie auch noch unter der Besetzung zu leiden haben. So sehen wir gerade Niederösterreich und das Burgenland auch in der Beziehung, was „schlecht daran sein“ bedeutet, an der

Spitze marschieren. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*)

Wie schon der Herr Kollege Haberzettl gesagt hat, besteht ein großer Unterschied zwischen dem vorjährigen und dem heurigen Nachtragsbudget. Während es sich im vorigen Jahr um ein ausgesprochenes Nachtragsbudget gehandelt hat, das heißt, um die Bedeckung aller Mehrausgaben, die die verschiedenen Lohn- und Preisübereinkommen gebracht haben, trifft dieser Umstand beim heurigen Nachtragsbudget nur noch zum kleineren Teil zu. Weiter ist es eine feststehende Tatsache, die sich auch im Privathaushalt auswirkt, daß nämlich, wenn längere Zeit über die Verhältnisse hinaus Geld ausgegeben wurde und dann einmal der Ruf ertönt: „Jetzt ist Schluß damit, jetzt müssen wir uns nach der Decke strecken!“, es alle Mitglieder der Familie gleichmäßig oder, wenn ungerecht verteilt wird, ungleichmäßig zu spüren bekommen. So ist es auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Die frühere inflationistische Bewegung — ich nenne es Bewegung — auf dem Finanzsektor hat eben ein ständiges Über-die-Verhältnisse-Leben bedeutet. Es mußte dann eben die Notenpresse in Bewegung gesetzt werden, um das nötige Geld herbeizuschaffen. Die derzeitige Änderung dieses Zustandes hat nun augenblicklich eine doppelte unangenehme Wirkung, das müssen wir eingestehen. Erstens ist jetzt nicht mehr Geld in Umlauf gekommen und zweitens hat die nunmehrige Entwicklung bei vielen Teilen der Bevölkerung ein Nachdenken ausgelöst, indem sie sich gesagt haben: „Ist es gut, wenn ich mir heute schon das Paar Schuhe kaufe, das ich vielleicht erst in zwei Monaten brauche? Nun, ich warte!“ Das hat wohl einen gewissen Zeitraum gedauert, bis die gesamte Bevölkerung — bis auf wenige Ausnahmen — so gedacht hat, aber dadurch ist eben von seiten der Konsumenten weniger Geld in die Produktion hineingepumpt worden. Wir sehen also zwei Dinge, die maßgebend waren, um zumindest ein augenblickliches Verlangsamten im Wiederaufbau herbeizuführen. Auf der anderen Seite mußten wir feststellen, daß dieses Überlegen: „Heute oder später kaufen“, den Sparwillen unseres Volkes wachgerufen hat, und mir scheint es, daß das einer der wichtigsten Gedanken ist. Ich kenne keine Staatsform und keine Verwaltung auf der ganzen Welt, die nicht ständig die Bevölkerung zum Sparen aufrufen würde. Warum? Weil eben durch das Sparen die Möglichkeit zu Investitionen geschaffen wird. Das ist der neue Weg, den der Herr Finanzreferent Landesrat Müllner aufgezeigt hat. Noch vor fünf

oder sechs Monaten war es fast unmöglich, Kredite zu bekommen. Wenn der Herr Präsident Wondrak sagte, daß es den Gemeinden möglich war, sich Kredite zu verschaffen, so wissen wir, wieso dies möglich war. Es besteht jedoch auf diesem Sektor eine gewisse Ungleichheit, nämlich daß die einen strengstens kontrolliert werden, wenn sie Geld leihen, die anderen aber bei der Kreditgewährung sich vollständig frei bewegen können. Über dieses Kapitel werden wir bei den Budgetberatungen noch reden. Ich will es heute nur andeuten.

Wenn die Spartätigkeit anhalten wird, dann wird es vielleicht schon in neun Monaten möglich sein, wieder Pfandbriefe der Geldinstitute absetzen zu können. Im gleichen Augenblick wird es auch möglich sein, die kurzfristigen Kredite in langfristige Kredite umzuwandeln. Dann ist aber Ihr Wunsch in Erfüllung gegangen. Lassen wir also diese Entwicklung fortschreiten, denn dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, den wir alle genau so wie Sie herbeisehnen, daß wirklich eine gesunde Wirtschaft die Arbeitslosigkeit langsam aber sicher aufsaugen wird.

Der neue Weg bedeutet also nur, daß Kassenkredite aufgenommen werden, um der Winterarbeitslosigkeit etwas zu steuern. Zur Gänze beseitigen werden wir sie aber nicht können. Ich bitte Sie, einen Weg anzugeben, um die Winterarbeitslosigkeit zur Gänze beseitigen zu können. Ich gestehe ehrlich, ich weiß ihn nicht, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß z. B. unsere Holzfäller bei den Schneemassen, die sich gerade in den gebirgigen Gegenden im Jänner und noch bis in den März hinein einstellen, Holz fällen könnten oder wie unsere Ziegelindustrie im Winter in Bewegung gehalten werden könnte. Ich könnte noch eine ganze Reihe von Arbeitsgebieten dieser Art aufzählen. Ich spreche wirklich sehr viel mit Arbeitern. Wer weiß, welche Höchstleistungen die Ziegelerbeiter in den Sommermonaten vollbringen, dafür auch natürlich einen verhältnismäßig guten Lohn bekommen und welche Erschöpfungserscheinungen sich bei ihnen ergeben, wird zugeben müssen, daß vielleicht diesen armen Menschen so ein Winterurlaub — wie Sie ja selbst sagen — ganz gut tut. Ich bin bereit, die Leute stellig zu machen, die sagen, sie sind so fertig, daß sie einen solchen Winterurlaub ganz gerne sehen. Für diesen Produktionszweig kann noch so viel Geld bereitstehen, Sie werden es doch nicht erreichen können, daß im Winter Ziegel erzeugt werden, höchstens Sie sind in der Lage, beheizte Arbeitshallen zu schaffen, so daß dort auch im Winter Ziegel erzeugt werden können. Aber auch dann müßten Sie zuerst sagen, wie man einen

solchen Zustand erreichen kann. Aber einfach sagen, daß mit dem wichtigsten Kapital, mit der Arbeitskraft, Schindluder und Spekulation getrieben wird, daß Rentabilitätsberechnungen usw. angestellt werden, das geht wohl nicht an. Denn das ist ein Weg, der dorthin führt, wo man am Schluß sagen muß: Die Geister, die ich rief, die werde ich nie mehr los! Ja, Herr Kollege Wenger, Sie werden da mitschuldig, wenn Sie in der arbeitenden Bevölkerung Hoffnungen erwecken, die zu erfüllen Sie nicht in der Lage sind; dann sind Sie der Hauptabsäger des Astes, von dem Sie gesprochen haben. Ja, es ist leicht, immer zu versprechen und zu sagen, das und jenes soll gemacht werden, aber die Erfüllung ist das Entscheidende.

Es ist auch ganz merkwürdig, daß von den ständigen Preissteigerungen gesprochen wird. Wissen Sie nicht, welcher Prozentsatz der österreichischen Industrie in den Händen des Herrn Ministers Waldbrunner ruht? Wissen Sie nicht, welche großen Handelsfirmen und Kleinhandelsbetriebe von den Sozialisten beherrscht werden? Haben Sie schon einmal erfahren, daß es dort ein Kilogramm Zucker oder sonst etwas billiger zu kaufen gibt? Mir ist das nicht bekannt, auch jetzt nicht, wo die Wirtschaft frei ist. Ich hätte nicht darüber gesprochen, aber wenn Sie es wünschen, könnte ich Ihnen praktische Beispiele anführen, daß nicht aus schnöder Gewinnsucht allein Dinge gemacht werden, die das Sonnenlicht scheuen und daher lieber im Verborgenen bleiben, und daß die Strafmaßnahmen der Bezirkshauptleute und des Herrn Landeshauptmannes zu wenig energisch sind.

Schauen Sie, das ist eine Weltanschauung, die uns trennt. Sie glauben, durch Gewalt werden die Menschen gebessert und durch Gewalt werden auch bessere Verhältnisse herbeigeführt. Ich sage aber auf Grund meiner Erfahrungen: Ganz verfehlt, denn gerade in Gewaltzeiten, in den strengsten Bewirtschaftungszeiten, haben sich die größten Auswüchse, die die Wirtschaft je gesehen hat, zugetragen. Es ist ein Naturgesetz, je schwerer der Druck, desto energischer der Gegenruck. Es ist daher in erster Linie notwendig, unser Volk über die wahren Gegebenheiten aufzuklären, denn dann geht dieses Volk mit uns. Man darf aber nicht aus reinem politischen Egoismus heraus, weil jetzt Wahlen vor der Tür stehen, die Maßnahmen, die dazu angetan sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder zu verringern, zum Ausgang von Angriffen machen, wie wir sie heute gehört haben. Daß beim Bund manches in der Behandlung von Niederösterreich anders sein könnte, das haben wir niemals geleugnet.

Daran ist aber nicht der Finanzminister allein schuld, weil nicht er allein das Finanzausgleichsgesetz macht, sondern da wirken noch viele andere Kräfte mit. Er hat nur die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht mehr verteilt wird, als im Bundessäckel drinnen ist. Das ist seine Aufgabe. Genau das gleiche gilt für den Finanzreferenten von Niederösterreich. Er könnte auch sagen, wenn über diesen und jenen Kreis nicht hinausgegangen wird, dann rauft euch und teilt es euch selbst auf. Aber wahrscheinlich würden wir dann nicht einig werden. Es muß immer einer da sein, der sagt: Bis hierher und nicht weiter! Das zu sagen, ist und bleibt die unangenehme Aufgabe des Finanzministers und des Finanzreferenten. Ich würde wünschen, daß einmal die Rollen vertauscht werden (*Heiterkeit.*) und daß in Ihren Reihen der Finanzreferent sitzen würde. (*Abg. Dubovsky: Ist das eine Wahlprognose?*)

Ich sage Ihnen noch mehr, und das ist jetzt meine Auffassung. Ich würde es sehr gerne sehen, wenn die Gefahren, die der Abg. Wenger hier aufgezeigt hat, nicht vorhanden wären. Ich würde dann sagen: Übernehmt Ihr (*zu den Sozialisten gewendet*) nur wieder einmal in ganz Österreich als Mehrheit die Regierung! (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Geschichtsfälscher!*) In einem Jahr würdet Ihr wieder fertig sein, wie Ihr von 1918 bis 1919 fertig geworden seid. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ein Geschichtsfälscher sind Sie!*) Es wäre angenehm, einmal auszuspannen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wer hat denn einmal die Mehrheit gehabt? Erzählen Sie die Märchen woanders, aber nicht hier, Herr Professor!*) Kunschak, der ja auch bei Ihnen sehr in Ehren ist, hat sich damals veranlaßt gefühlt zu sagen: Dieses Gespann kann nicht weiterfahren. Es geht nicht an, daß sich der Rappe die Haxen vor lauter Anziehen und der Fuchs die seinen vor lauter Zurückstemmen ausreißt. Das ist eine Tatsache.

Der Herr Abg. Wenger hat in seiner Rede mich auch persönlich angeführt und behauptet, daß ich bei den vorjährigen Budgetberatungen gesagt hätte, wir in Niederösterreich seien keine Koalitionsregierung. Ich habe bei den vorjährigen Budgetberatungen — ich habe noch die Aufzeichnungen — gesagt: Von der Minderheit wird bestritten, daß wir in Niederösterreich eine Koalitionsregierung sind, und es wird immer wieder gesagt, daß wir eine Proporzregierung sind. Hierzu habe ich gesagt: Es fehlt bei Ihnen (*zu den Sozialisten gewendet*) am Koalitionsgeist! Daß die einen fordern und die anderen die Verantwortung tragen, das ist keine richtige Ein-

stellung zu einer Koalition. Hier kann es nur heißen: gemeinsam fordern und gemeinsam verantworten! (*Zustimmung bei den Parteilgenossen.* — *Abg. Ernecker: Sehr richtig!*) Mit diesem Geist, wenn der einmal wirklich ganz wirksam wird, werden wir uns vielleicht viel leichter tun. (*Landesrat Stika: Sie wollen aber nicht gemeinsam verteilen!*) Fordern und verteilen, das hat das gleiche Vorzeichen. Verteilt wird hier im Hause wirklich fast ungerecht (*Ruf bei der SPÖ: 60:40!*), und zwar gegen die Mehrheit verteilt, weil die Mehrheit Gott sei Dank noch immer soviel Hemmungen besitzt, daß sie sich sagt: Es geht hier nicht um das Herrschen (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Um das Beherrschen!* — *Abg. Staffa: Um die Beherrschung!*), sondern es geht darum, für die gesamte Bevölkerung die Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Und gerade uns wird oft vorgeworfen, daß wir dem kleinen Bruder zuviel geben und zuwenig auf den großen Bruder schauen. Aber, meine sehr Verehrten, ich freue mich nur, daß zumindest durchgeklungen ist, daß wenigstens ein Anfang zu einem neuen Weg gemacht wurde. Es würde uns sehr freuen, wenn es uns vielleicht schon in einigen Monaten möglich wäre, ein wirklich großzügiges Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprogramm hier in Niederösterreich zu erstellen. Da müssen aber alle ehrlich mithelfen. Nicht nur von den Rechten der einen und von den Pflichten der anderen sprechen! (*Abg. Hilgarth: Sehr richtig!*) Denn das wäre ein Weg, meine sehr verehrten Herren und Frauen, der uns weit auseinanderführen würde. Man kann nicht sagen, wir müssen alle zusammenhelfen, und zugleich in einem Atem den anderen Teil, die frei Tätigen, heruntersetzen. (*Abg. Sigmund: Aber nicht alle sind gemeint.*) Es ist wirklich arg, wenn hier gesagt wird, der Unternehmer mache vor der Arbeitskraft nicht halt, der Mensch werde aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet, wenn er dem Unternehmer in seinen Verdienstkram nicht hineinpaßt. Das ist eine solche Beleidigung, daß jeder, der selbständig tätig ist und dies hört, sagen muß: Mehr kann man mir wirklich nimmer sagen. Und sind denn nur in unseren Reihen selbständig Tätige? Ja, ich lese immer von den Riesenfortschritten des Freien Wirtschaftsverbandes, des Arbeitsbauernbundes usw. Ja, was ist denn das? Das sind doch auch frei Schaffende. Wir selber haben in diesem Hohen Hause schon Anschauungsunterricht bekommen, wie es dort drüben aussieht, und zwar so, daß es zu ganz argen Zusammenstößen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen ist. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Meinen Sie jetzt nicht Ihre drei Bünde?* —

Heiterkeit bei den Sozialisten.) Ich meine die Zusammenstöße, von denen der Herr Abg. Wenger gesprochen hat, daß der Stärkere den Schwächeren niedertritt! Sie wissen ganz genau, was ich meine, Sie wollen nur ablenken. Aber es ist ganz gut, daß man versucht, abzulenken, das beweist, daß man das richtig sieht. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vielleicht kommen Sie zum Nachtragsbudget zurück!*) Ja, lieber Herr Landeshauptmann, ich hätte zu dem Budget überhaupt nicht gesprochen (*Ruf bei den Sozialisten: Das wäre bestimmt gescheiter gewesen!*), wenn nicht so viele Ausflüge gemacht worden wären. Aber man kann nicht das eigene Vogerl ausfliegen lassen und ihm sagen: „Du flieg hinaus und bring mir die Siegespalme zurück!“, und dann, wenn ein anderes nachfliegt, ganz entsetzt zu sein. (*Landesrat Stika: Entsetzt sind wir nicht, wir unterhalten uns ganz gut dabei!*)

Jetzt komme ich wirklich zum Nachtragsbudget oder auf das Arbeitsbeschaffungsbudget zu sprechen. Wir sind darüber hocherfreut, wenn es auch nicht alle die Dinge bringt, die wir wünschen. Wir sind besonders erfreut, weil auf dem Sektor der Wohnungsbeschaffung noch so viel geschehen soll. Wir wissen, daß viele, ich möchte fast sagen tausende Wohnungen vor der Fertigstellung sind, und daß es nur noch einiger tausend Schilling bedarf, um diese Wohnungen fertigzustellen. So war zum Beispiel heute um halb 7 Uhr früh (*Zwischenrufe*) — jawohl, um halb 7 Uhr früh! — eine Mutter mit fünf Kindern bei mir und hat mich gefragt, ob es nicht doch noch möglich sein werde, Geld zu bekommen, damit wenigstens zwei Räume, die Küche und das Zimmer, vor Einbruch der großen Kälte fertiggestellt werden können, damit eine siebenköpfige Familie aus dem Keller herauskomme. (*Abg. Hrebacka: Das Anforderungsgesetz novellieren!*) Da muß man wirklich sagen, weil einige Vorredner von Weihnachtsstimmung gesprochen haben, daß das so ein bißchen ein Anflug, ein Hauch von einer Weihnachtsfreude wäre, wenn wenigstens einigen, ganz hart Bedrängten geholfen werden könnte. Denn ich sage immer wieder: Eine Einbrennsuppe mit einem Stückerl Brot, das schmeckt in einer halbwegs anständigen Wohnung gut, aber in einem Kellerloch nicht!

Für mich gibt es keine größere Not als die Wohnungsnot. Sie ist die größte Qual für die Menschen. Und daher bestätige ich, was der Herr Landesrat Müllner schon gesagt hat: Eine größere Wohnungsanzahl haben wir durch die privaten Wohnbauförderungen geschaffen, als wenn irgendeine öffentliche Hand

die Gelder sämtlich selbst verbaut hätte. Der Sinn unseres Strebens ist, mit den kleinsten Mitteln das Größtmögliche zu schaffen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das bleibt auch für die Zukunft unser Motto. Und wenn Sie da mit uns gehen, dann werden Sie sehen, daß wir nimmermehr davon sprechen werden, daß bei Ihnen kein Koalitionsgeist herrscht. (*Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.*)

3. PRÄSIDENT ENDL: Die Generaldebatte ist abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, betreffend den Übergang zur Spezialdebatte. Wer für das Eingehen in die Spezialdebatte ist, bitte ich um ein Handzeichen. (*Geschieht.*) A n g e n o m m e n.

Die Spezialdebatte über die Vorlage beabsichtige ich in der Form durchzuführen, daß zuerst über die Nachtragskredite, dann über die Überschreibungsbewilligungen und schließlich über die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen beraten und abgestimmt wird. (*Nach einer Pause*): Keine Einwendung.

Nach Schluß der Spezialdebatte werde ich über den Antrag des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung als Ganzes und über die allenfalls dazu gestellten Anträge abstimmen lassen.

Ich eröffne nunmehr die Spezialdebatte, und zwar über die Gruppe I: Nachtragskredite. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter zu Gruppe I, Nachtragskredite, das Wort.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL:

Unter Punkt I, Nachtragskredite, finden wir im ordentlichen Voranschlag den Ansatz 2102—61, Wahlkosten 30.000 S. Begründung: Da eine Regelung bezüglich der Tragung der Kosten für die Wahl in die Disziplinarbeziehungswise Dienstbeschreibungs-, Bezirks- und Landeskommissionen der Lehrerschaft an den öffentlichen Volks- und Hauptschulen gesetzlich nicht getroffen wurde, muß das Land, das gemäß § 1 des Lehrerdiensthoheitsgesetzes, LGBl. Nr. 35/1949, die Diensthoheit ausübt, diese Kosten übernehmen.

Weiter ist beim Voranschlagsansatz 741—62 für Kosten der Einführungs- und Weiterbildungskurse für Pflichtschullehrkräfte, welche zur Mitarbeit an den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen herangezogen werden, ein Betrag von 55.000 S vorgesehen. Begründung: Gemäß § 12 des niederösterreichischen landwirtschaftlichen Schulgesetzes, LGBl. Nr. 23/1951, sind diese Kosten vom Lande zu tragen.

Voranschlagsansatz 7437, Bäuerliche Fachschule in Warth, Sachaufwand 101.000 S. Begründung: Wenn auch der Schulbetrieb an

der neuerrichteten Bäuerlichen Fachschule in Warth noch nicht aufgenommen wurde, so muß nach Beendigung der Ernte 1952 die Eigenbewirtschaftung der Gründe übernommen werden.

Im außerordentlichen Voranschlag finden wir beim Voranschlagsansatz 02—90 zum Ankauf des Schlosses Scheibbs für Zwecke der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs einen Betrag von 220.000 S. Begründung: Der Erwerb des Schlosses erscheint zweckmäßig, da in demselben nur Ämter untergebracht sind. Da für die Unterbringung der Bezirkshauptmannschaft in Scheibbs kein so günstiges Objekt mehr zur Verfügung steht, wäre der Ankauf ratsam.

Unter Voranschlagsansatz 09—90, Subvention an den Spar- und Vorschußverein „Landsknechte“ zum Ausbau des Erholungsheimes Schönau im Gebirge beträgt der Nachtragskredit 290.000 S. Begründung: Der Spar- und Vorschußverein der niederösterreichischen Landesangestellten „Landsknechte“ bemüht sich, durch Ausbau einer Heilquelle in Schönau im Gebirge für die Angestelltenschaft des Landes ein Heilbad zu schaffen. Die hierzu notwendigen Mittel kann jedoch der Verein allein nicht aufbringen. Eine Subvention zur Errichtung dieses Heilbades hat eine doppelte Wirkung. Einerseits ist es eine Hilfe für die niederösterreichischen Landesangestellten, andererseits ist jedoch nicht zu übersehen, daß dadurch auch für den Fremdenverkehr in Schönau im Gebirge wertvolle Arbeit getan wird.

Voranschlagsansatz 231—75, Beiträge zum Ausbau der gewerblichen Fortbildungsschulen in Mistelbach, Neunkirchen und Tulln 500.000 S. Begründung: Den Gemeinden ist es nicht möglich, den Ausbau der gewerblichen Fortbildungsschulen allein zu tragen. Es ist daher die Gewährung von Beihilfen erforderlich. Von diesem Betrag ist zu verwenden: für Mistelbach 150.000 S, für Neunkirchen 200.000 S und für Tulln 150.000 S.

Voranschlagsansatz 461—90, Landes-Jugendheim in Puchberg am Schneeberg 36.000 S. Begründung: Dringende, unaufschiebbare Instandsetzungen ergeben diesen Bedarf.

Voranschlagsansatz 79—91, Landeszuschuß zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden, die im Vermögen von physischen oder juristischen Personen des Privatrechtes eingetreten sind (Bundesgesetz vom 17. Dezember 1951, BGBl. Nr. 9/52), 500.000 S. Begründung: Die Gewährung eines Bundeszuschusses zur Förderung der Behebung von Hochwasserschäden, die im Vermögen von physischen oder juristischen Per-

sonen des Privatrechtes eingetreten sind, ist nach § 3 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1951, BGBl. Nr. 9/1952, an die Bedingung geknüpft, daß das Land gleichfalls einen Beitrag von mindestens der Hälfte des Bundeszuschusses gewährt. Der Bundeszuschuß beträgt 1.000.000 S.

Voranschlagsansatz 79—92, Ankauf eines Grundes zur Errichtung einer Feuerweherschule in Tulln, 500.000 S. Begründung: Die vom Lande zur Verfügung gestellten Mittel für das Feuerlöschwesen müssen im laufenden Jahr zur Versorgung der Feuerwehren mit Uniformen, Geräten, Schläuchen und Feuerwehrdepots verwendet werden, da in dieser Hinsicht noch großer Mangel besteht. Um die Errichtung einer Feuerweherschule zu ermöglichen, wäre seitens des Landes ein entsprechendes Grundstück beizustellen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen bzw. die Abstimmung vorzunehmen.

3. PRÄSIDENT ENDL: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir gelangen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung): A n g e n o m m e n .

Wir setzen die Spezialdebatte zu Gruppe II, Überschreitungsbevolligungen, fort.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, über die Überschreitungsbevolligungen zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: In Gruppe II sind die Überschreitungsbevolligungen für sämtliche Voranschlagsansätze enthalten.

Im ordentlichen Voranschlag bei Gruppe O, Landtag und Allgemeine Verwaltung, Personalaufwand 4.691.000 S, Sachaufwand 288.500 S; zusammen 4.979.500 S.

Bei Gruppe 2, Schulwesen, Personalaufwand 107.600 S, Sachaufwand 403.700 S; zusammen 511.300 S.

Bei Gruppe 3, Kulturwesen, Personalaufwand 34.000 S.

Bei Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, Personalaufwand 504.000 S, Sachaufwand 715.000 S; zusammen 1.219.000 S.

Bei Gruppe 5, Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung, Personalaufwand 200.000 S, Sachaufwand 450.000 S; zusammen 650.000 S.

Bei Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Personalaufwand 3.969.200 S, Sachaufwand 7.064.000 S; zusammen 11.033.200 S.

Bei Gruppe 7, öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, Personalaufwand

91.000 S, Sachaufwand 9.441.600 S; zusammen 9.532.600 S.

Bei Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, Sachaufwand 4000 S.

Im ordentlichen Voranschlag ergibt sich somit eine Überschreitungssumme im Personalaufwand von 9.596.800 S, im Sachaufwand von 18.366.800 S; zusammen von 27.963.600 S.

Im außerordentlichen Voranschlag ergibt sich bei den Gruppen 0 bis 9 beim Sachaufwand eine Überschreitung von 16.660.000 S.

In der Gesamtsumme beträgt die Überschreitung im Personalaufwand 9.596.800 S, im Sachaufwand 35.026.800 S; zusammen 44.623.600 S.

Ich bitte auch über Punkt II die Debatte zu eröffnen bzw. abstimmen zu lassen.

3. PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung über den II. Teil der Vorlage, Überschreitungsbewilligungen. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum III. Teil, Gegenseitige Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. SCHÖBERL: Im III. Teil, Gegenseitige Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen, sind angeführt:

Voranschlagsansatz 02—42, Betrieb einschließlich Garagierungskosten von Personenkraftwagen, Voranschlagsansatz 02—43, Instandhaltung von Personenkraftwagen, und Voranschlagsansatz 02—44, Neuanschaffung von Personenkraftwagen. Begründung: Durch die Neuanschaffung von Personenkraftwagen haben sich bei der Instandhaltung Einsparungen ergeben. Hingegen ergeben sich durch die Erhöhung der Benzinpreise einige Mehrkosten beim Betrieb. Dadurch, daß die gegenseitige Deckungsfähigkeit der drei Voranschlagsansätze ausgesprochen wird, könnten die Einsparungen bei der Instandhaltung zur Deckung der Mehrausgaben beim Betrieb beziehungsweise bei der Neuanschaffung herangezogen werden.

Voranschlagsansatz 02—46, Betrieb von Lastkraftwagen und sonstigen Fahrzeugen, und Voranschlagsansatz 02—47, Instandhaltung von Lastkraftwagen und sonstigen Fahrzeugen. Begründung: Durch die Instandhaltung der Lastkraftwagen erscheint eine Verbilligung des Betriebes gegeben. Es wären daher in Berücksichtigung dieser Wechselwirkung die beiden Voranschlagsansätze als gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Voranschlagsansatz 68—61, Beiträge zu den Kosten für Wasserversorgungen, und

Voranschlagsansatz 68—75, Beiträge zu den Kosten für Kanalisierungen.

Ich bitte, auch zu diesem Punkt die Debatte zu eröffnen bzw. abstimmen zu lassen.

3. PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung über den Teil III der Vorlage, Gegenseitige Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Finanzausschusses als Ganzes. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung. Ich bitte den Herrn Abg. WONDRAK zu Zahl 353 zu berichten.

Berichterstatter Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Ich habe namens des Verfassungsausschusses über den Gesetzesentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 17. September 1907, Landesgesetz- und Vermittlungsblatt Nr. 124, über die Gemeindevermittlungssämter, zu berichten.

Nach § 26 der Niederösterreichischen Gemeindeordnung gehört zum selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde auch die Vornahme von Vergleichsversuchen zwischen streitenden Parteien durch Vertrauensmänner, welche vom Gemeinderat gewählt werden. Das Gesetz, auf dem diese Befugnisse des Gemeinderates aufgebaut sind, stammt vom 21. September 1869; ein diesbezügliches Landesgesetz, das sich auf dieses Grundsatzgesetz stützt, hat ebenfalls bereits das Datum vom 17. September 1907.

Nun bedarf dieses Gesetz, das heute noch zu Recht besteht, einiger Änderungen, um es den inzwischen geänderten Verhältnissen anzupassen. In diesem neuen Gesetz ist vorwiegend abgeändert, daß die Errichtung der Vermittlungsämter durch Kundmachung verlautbart werden muß, ein Umstand, der sicherlich sehr zweckmäßig ist.

Außerdem wird in diesem neuen Gesetz geregelt, wer über die Berufung wegen Ungültigkeitserklärung der Wahl von Vertrauensmännern zu entscheiden hat, und zwar wird in Zukunft darüber die Bezirksverwaltungsbehörde entscheiden.

Eine weitere Änderung betrifft, daß eine Klarstellung erfolgen wird, wer die Kosten zu bezahlen hat, wenn mehrere Gemeinden ein gemeinsames Vermittlungsamt errichten. Diese Sache war bis jetzt überhaupt nicht geregelt, es ist daher notwendig, daß darüber eine gesetzliche Regelung erfolgt.

Grundsätzlich wird daran festgehalten, daß die Kostendeckung im Wege einer freien Vereinbarung zwischen den beteiligten Gemeinden erfolgen soll; wenn das nicht möglich ist, soll in Zukunft die Bevölkerungszahl die Grundlage für die Verteilung der Kosten bilden.

Neu geregelt oder überhaupt geregelt wird auch der Fall, wenn eine Gemeinde ausscheiden will, die bisher Mitglied eines Verbandes war, das ein gemeinsames Gemeindevermittlungsamt gehabt hat. Auch diese Regelung ist zweckmäßig und wird sich auch als nützlich erweisen.

Eine Regelung erfährt ferner auch die Frage, wie in Zukunft über Streitfälle entschieden werden soll, wenn zwischen den Gemeinden, die ein gemeinsames Vermittlungsamt haben, Differenzen entstehen. Hier wird nun festgestellt, daß die niederösterreichische Landesregierung zu entscheiden hat.

Der Praktiker kennt die Dinge, wie sie sich in den Gemeinden abspielen; es ist sicherlich zweckmäßig, daß Angelegenheiten der Gemeindevermittlungsämter durch eine Novelle zum alten Gesetz so geregelt werden, daß sie den heutigen Verhältnissen entsprechen und der heutigen Behördenorganisation auch Rechnung tragen, um wieder ein brauchbares Hilfsmittel für den Wirkungsbereich des Gemeinderates zu sein. Die Zweckmäßigkeit dieser Novelle ist daher von

niemand bestritten worden, und ich darf dem Hohen Haus im Namen des Verfassungsausschusses daher folgenden Antrag unterbreiten (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der vorliegende Gesetzesentwurf (*siehe Landesgesetz vom 28. November 1952*), betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 17. September 1907, Landesgesetz- und Verordnungsblatt Nr. 124, über die Gemeindevermittlungsämter, wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Aussprache hierüber zu eröffnen.

3. PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes, über Titel und Eingang und über das Gesetz als Ganzes sowie über den Antrag des Verfassungsausschusses*): A n g e n o m m e n .

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluß der Sitzung um 16 Uhr 25 Minuten.*)